Nr. 90. 15. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Dienstag, den 19. April 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Die Knebelung der ländlichen Arbeiter.

Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen haben verschiedene Landwirthschaftskammern und sonstige Agrarier-vereinigungen sehr unklug gehandelt, in letzter Zeit den Mangel an ländlichen Arbeitern und die Mittel zu seiner Abhilfe auf die Tagesordnung ihrer Versammlungen zu setzen. Denn dabei kamen Vorschläge zu tage, die auch den lammfrommsten Arbeiter draußen im hintersten Winkel des platten Landes stutzig und mißtrauisch gegen alles, was Agrarier ist oder mit diesem im Parlamente zusammengeht, machen müssen. Die Agrarier beabsichtigen nämlich eine totale Knebelung des ländlichen Arbeiters, und sie würden ihre Absicht auch sicherlich durchführen, vorausgesetzt, daß bei den Wahlen die Sammelpolitiker die Oberhand erhalten.

Die Arbeiternoth als solche ist für die Landwirthschaft zuzugeben. Sie steigert sich unter den heutigen Verhältnissen von Jahr zu Jahr und sie tritt anscheinend dieses Frühjahr besonders stark in die Erscheinung. Daher rührt es auch, daß die Landwirthe in allen Gegenden sich mit der Frage eingehend beschäftigen. Die sächsischen, oldenburgischen, rheinpreußischen und erst recht die schlesischen und polnischen Landwirthe haben sich in diesen Tagen die Köpfe zerbrochen, wie Arbeiter auf dem Lande zu gewinnen und zu halten wären. Und wie nicht anders zu erwarten: keine einzige dieser agrarischen Vereinigungen hat einen Vorschlag zur Abhilfe vorgebracht, der dem Interesse der Arbeiter nicht widerspräche; vielmehr laufen alle Abhilfsmittel darauf hinaus, die ländlichen Arbeiter in noch erhöhtem Maße zu Bürgern zweiter Klasse herunterzudrücken, sie noch mehr der Willkür ihrer Arbeitgeber auszusetzen.

Denn als Gesinde leben sie heute schon unter einem Ausnahmezustand. Sie sind keine freien, sondern an eine Menge von demüthigenden und beengenden Bestimmungen gebundene Arbeiter. Nun ist es eine alte Erfahrung, daß je gebundener der Arbeiter, desto geringer seine Arbeitsleistung und Arbeitszuverlässigkeit sich erweist. Wenn unsere Agrarier den Zug vom Lande nach der Stadt mit einem großen Mittel beschränken wollten, dann hätten sie die Gesinde-Ordnung mit den langen Kontraktzeiten zu beseitigen, höhere Löhne zu bezahlen und für bessere Wohnung und Behandlung zu sorgen: dann, aber nur dann würden es die Arbeiter auf dem Lande leichter aushalten, als sie es heute thun. Aber unseren Agrariern fällt es nicht im entferntesten ein, die rechtliche Stellung der Landarbeiter freier zu gestalten, ihnen die gleichen staatsbürgerlichen Rechte einzuräumen, wie sie die Industriearbeiter schon besitzen; sie wollen vielmehr durch die Bank gerade das Gegentheil: die ländlichen Arbeiter, das Gesinde soll durch die Gesetzgebung noch weiter gebunden, sie sollen von klein auf zu noch größerer Abhängigkeit degradirt werden. Darin sind sie sich alle einig.

Im Mittelpunkt aller Wünsche steht die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruches. Die ökonomische Gesellschaft in Sachsen geht ganz systematisch vor, um Stimmung für eine strafgesetzliche Regelung dieser Materie durch das Reich zu machen. Schon im Jahre 1894 hat der sächsische Landeskulturrath die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruches als ein für die Landwirthe anzustrebendes Ziel bezeichnet und jetzt werden die einzelnen landwirthschaftlichen Kreisvereine des Landes mobil gemacht, um die sächsische Staatsregierung mit Resolutionen und Petitionen zu bearbeiten, damit möglichst bald auf reichsgesetzlichem Wege ein schärferes, deshalb erfolgreicheres Vorgehen gegen kontraktbrüchige Arbeiter in kraft treten könne. Ganz ähnlich verlangt die schlesische Landwirthschaftskammer energische Bestrafung des Kontraktbruches.

Nun sehen wir doch einmal zu, was diese Forderung bedeutet. Im ganzen bürgerlichen Rechtsleben giebt es keinen Fall, wo die Nichterfüllung eines Vertrages andere als privatrechtliche Folgen hätte. Es ist weder ein Vergehen, noch ein Verbrechen, einen Vertrag nicht innezuhalten, der Staatsanwalt hat hierbei jedenfalls nicht mitzusprechen. Wenn also die Agrarier eine kriminelle Bestrafung der kontraktbrüchigen Arbeiter verlangen, so schaffen sie für die ländlichen Arbeiter einen Ausnahmezustand, wie er nicht unverträglicher mit unserer Rechtsordnung gedacht werden kann. Die Agrarier hüten sich, jeden Kontraktbruch dem Staatsanwalt zur Bestrafung überweisen zu wollen. Denn damit schnitten sie sich selbst ins Fleisch. Nein, die Kontraktbrüche, welche die Landwirthe ihren Kontrahenten gegenüber begehen, sind sammt und sonders keine Verbrechen, Verbrechen sind nur jene Vertragsbrüche, welche die ländlichen Arbeiter ihren Arbeitgebern gegenüber sich zu Schulden kommen lassen. Und doch sind gerade diese Verletzungen eines Kontraktes sehr oft die allerentschuldbarsten. Denn erstens werden die Verträge mit ländlichen Arbeitern in einer Weise abgeschlossen, daß man wohl sagen kann, die Arbeiter kaufen die Katze im Sacke: sie wissen über die Bedingungen, unter denen sie nachher zu arbeiten gezwungen sind, meist so gut wie nichts. Auf allgemeine Versprechungen hin nehmen sie die Arbeit an und hintennach stellt es sich dann heraus, daß sie ein Arbeitsverhältniß eingegangen sind, das unter aller Menschenwürde steht. Dann kommt noch die lange Dauer dieser Verträge als weiterer Stachel zum Kontraktbruch hinzu. Könnte ein Arbeiter, wenn er sieht, daß eine Stelle für ihn einfach unhaltbar ist, dieselbe innerhalb kurzer Zeit ordnungsgemäß verlassen, so würde er wohl kaum kontraktbrüchig. Aber nachdem er sieht, daß er hereingefallen ist, dann ist er noch gezwungen, die ganze Saison in dieser für ihn nachtheiligen Stelle zu bleiben. Dagegen rebellirt sein rechtliches Gefühl, denn er sieht sich als ein Opfer der Vorspiegelung und Täuschung an. Hätte er gewußt, wohin er geräth, als er den Vertrag abschloß, dann hätte er von vornherein die Stellung nicht angenommen. Und nun macht er aus der Noth eine Tugend und handelt nach dem Grundsatze: Wie du mir, so ich dir. Er rückt aus seiner Stelle einfach aus, und dafür soll er nach den Wünschen der Agrarier eingesteckt werden.

Die ländlichen Arbeiter werden der Kritik dieser Forderung bei der Wahlagitation das richtige Verständniß entgegenbringen, wenn wir es nur nicht versäumen, sie mit ihr eingehend bekannt zu machen. Es ist nicht die einzige die ländlichen Arbeiter bedrohende Forderung, aber es ist die einschneidendste und gefährlichste.

Politische Uebersicht.

Berlin, 18. April.

Zwischen Frieden und Krieg. Das Zünglein der Wage neigt bedenklich zum Kriege, doch herrscht noch immer Frieden. Ob dieser Frieden aber nur noch Stunden oder Tage oder gar noch Wochen währen wird, niemand weiß es zu sagen. Während die beiden Regierungen nach ihren sehr verschiedenen finanziellen Kräften die kurze Spanne Zeit ausnützen, bemächtigt sich der Bevölkerung, vor allem der spanischen eine hochgradige nervöse Aufregung. Demonstrationen gegen Amerika, Angriffe auf amerikanische Konsulate werden aus Spanien gemeldet; dadurch wird die Stellung der spanischen Regierung, die den Frieden, wenn irgend möglich, erhalten möchte, gewaltig erschwert. Das Schauspiel, das den meisten modernen Kriegen vorangegangen ist, daß jede Partei der anderen die Verantwortung für die Kriegserklärung und damit die moralische Schuld für ein solch' ungeheuerliches Verbrechen an der Menschheit zuschieben möchte, sehen wir auch hier. Amerika reizt Spanien mit allen Mitteln zur Kriegserklärung, es hütet sich aber, das entscheidende Wort auszusprechen, und Spanien zeigt Ruhe und Langmuth, was dem Volkscharakter gar nicht entspricht, um in Europa als angegriffene Partei moralischen Rückhalt zu gewinnen. Die Pause bis zur Kriegserklärung wird zur Mobilisirung nach Kräften ausgenutzt. Spanien soll eine Flotte von zahlreichen Kaperschiffen besitzen, deren Angriffe auch von englischen Schiffen gefürchtet werden; haben doch die englischen Banken Goldverschiffungen nach den Vereinigten Staaten mit Rücksicht auf den Kriegsfall eingestellt. Amerika kauft auch alle überhaupt erreichbaren Schiffe auf. Dabei kommt ihm der gute Stand seiner Kassen zu gute. Am 6. Februar betrug der Kassenstand des Schatzamtes die ungeheure Summe von zirka 909 Millionen Reichsmark, davon ca. 590 Millionen Reichsmark in Gold. Am gleichen Tage waren von den zur Landesvertheidigung bewilligten 201 Millionen Mark ca. 137 Mill. Reichsmark schon verbraucht!

Ueber die letzte Sitzung des amerikanischen Senats, der die ohnedies so geringen Aussichten auf Erhaltung des Friedens noch mehr vermindert hat, berichtet die „Köln. Ztg.":

Der Senat der Vereinigten Staaten hat mit großer Mehrheit den während mehrerer Tage zu gunsten des mäßigeren Beschlusses des Abgeordnetenhauses bekämpften Anträgen seines Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten zugestimmt. In der Sitzung vom Sonnabend, die bis spät abends dauerte, kam es noch zu einem harten Strauß. Der Republikaner Hale (Maine) äußerte sein Befremden darüber, daß der Präsident der Vereinigten Staaten den Botschaftern der europäischen Mächte bei ihrem Besuch am 7. d. M. nicht bedeutete, die Vereinigten Staaten würden keine Einmischung dulden. Der bekannte republikanische Parteiführer Thomas C. Platt (New-York) wandte sich mit scharfem Tadel gegen die heftigen Reden, die nichts weiter bezweckten, als den Krieg zu entfesseln. Auch sein Parteigenosse Wellington (Maryland) war der Ansicht, daß es keinen triftigen Grund gebe, den Krieg zu erklären. Spanien sei wohl in hohem Maße verantwortlich für die gegenwärtige Lage auf Kuba, aber doch nicht im vollen Umfange, da eine regelrechte Führung gegen die Guerilla der Aufständischen nicht möglich gewesen sei. Die Botschaft des Präsidenten sei unrichtig ausgelegt worden; es sei keine Aufforderung an den Kongreß gewesen, den Krieg zu erklären, vielmehr das gerade Gegentheil. Der Demokrat Caffery (Louisiana) hob hervor, Spaniens Herrschaft auf Kuba nehme fortwährend ab. Hoar, Republikaner (Massach.), brachte den Antrag ein, die Ausfuhr von Steinkohlen und Kriegsbedarf zu untersagen. Wellington nahm nochmals das Wort, um seine Kollegen darauf aufmerksam zu machen, daß, wenn die Karlisten die Dynastie in Spanien stürzten, die Verantwortlichkeit dafür auf die Vereinigten Staaten fallen würde. Das Haus schritt sodann zur Abstimmung. Zuerst wurde ein Antrag des Demokraten Turpie, der dahin ging, die republikanische Regierung Kuba's anzuerkennen, mit 51 gegen 37 Stimmen angenommen. Dann erfolgte mit 66 gegen 21 Stimmen die Annahme der Ausschußanträge, die bekanntlich die sofortige Verwendung der Streitkräfte anordnen, während das Abgeordnetenhaus die Exekutive nur dazu ermächtigt hat. Gleichzeitig wurde auf Antrag des Republikaners Davis (Minnesota) ein Zusatz angenommen, wodurch erklärt wird, die Vereinigten Staaten bestritten die Absicht, eine Souveränität, Jurisdiktion oder Herrschaft (control) über Kuba ausüben zu wollen, außer zur Herstellung des Friedens, und seien entschlossen, nach der Herstellung des Friedens die Regierung und die Herrschaft über die Insel der einheimischen Bevölkerung zu überlassen. Das Abgeordnetenhaus wird heute, Montag, die Beschlüsse des Senats berathen. Nimmt das Abgeordnetenhaus die Fassung des Senats nicht an, so muß die Angelegenheit einem gemeinschaftlichen Ausschusse beider Häuser vorgelegt werden, ehe der Präsident wieder damit befaßt wird. Nach einem Telegramm von Sonntag aus Washington dürfte es zwischen den beiden Kammern zu einem Konflikt kommen. Anzeichen deuten auf einen starken Widerstand dagegen, daß durch die Legislative die Unabhängigkeit und die republikanische Regierung Kuba's anerkannt werden sollten.

Unter diesen Umständen ist der Ausbruch eines Krieges zum mindesten auf einige Tage verschoben. Die amerikanische Parteipolitik ist nun eifrig am Werke. Nach Ansicht der amerikanischen Kolonie in London hält man die kriegerische Stimmung in den Vereinigten Staaten für so ausgesprochen, daß man McKinley vielleicht in Anklagezustand versetzen würde, wenn der Friede anders als durch eine völlige Unterwerfung Spaniens unter die amerikanischen Forderungen erhalten würde. Ebenso telegraphirte in der Nacht auf Sonntag ein amerikanischer Senator, wie der „New-York Herald" meldet, nach London, es sei dem Präsidenten unmöglich, mit seiner Politik auf beiden Seiten des Ozeans durchzudringen. Gelänge es ihm, den Krieg zu vermeiden, so wäre das ein Todesstoß für die Republikaner, und die Demokraten kämen auf zehn Jahre ans Ruder. —

Crispi ist gestern in Palermo wiedergewählt worden. Besonders rühmlich ist der Erfolg des nun auch von der italienischen Kammer gebrandmarkten Exrevolutionärs und Bankräubers nicht, denn blos 39 pCt. der Wähler fühlten sich bewogen, sich an der Wahl zu betheiligen. Von 1503 abgegebenen Stimmen erhielt Crispi 1176, der Sozialist Barnato 295. 36 Stimmen waren zersplittert. Die Gemäßigten hatten die Parole ausgegeben, von der Wahl fernzubleiben. Man sieht, auch dieser Sieg keine Rehabilitation des abgetakelten Führers der italienischen Bourgeoisie. —

Nochmals die Wirkung der kleinkalibrigen Geschosse. Demonstrationen über die Wirkung des Kleinkalibrigen hat am Sonnabend Nachmittag Herr Professor Tillmann-Greifswald mittels des Meßter'schen Kinetographen vor einer Anzahl von Aerzten und Gelehrten des Chirurgen-Kongresses in dem kleinen Saale des Langenbeckhauses ausgeführt. Professor T. hat auf kinetographischem Wege einen Vorgang fixiren lassen, der sich bei der Durchbohrung des menschlichen Schädels durch ein Infanteriegeschoß abspielt. Durch die Demonstration bewies Herr Professor Tillmann, daß die Kugel eines deutschen Infanteriegewehres den Schädel infolge der Durchbohrung zur Explosion bringt, und zwar tritt dieselbe erst dann ein, nachdem die Kugel den Schädel schon wieder verlassen hat. Man sah bei der durch Herrn Meßter in der Projektion vorgeführten kinetographischen Aufnahme auf einem der Serienbilder den Schädel, als er noch nicht von dem Geschoß erreicht war, während auf dem darauffolgenden Bilde, welches um den fünfzigsten Theil einer Sekunde später aufgenommen worden war, das Geschoß den Schädel bereits wieder verlassen hatte. Auf dieser kinetographischen Fixirung beginnt bereits die Explosion des Schädels, da die Schädeldecke schon gehoben ist. Die darauffolgenden 20 Aufnahmen, die den Anwesenden zuerst langsam vorgeführt wurden, lassen die Einzelheiten der stattfindenden Explosion des Schädels deutlich erkennen, während bei einer nochmaligen Vorführung in der der Aufnahme entsprechenden Geschwindigkeit der der Wirklichkeit entsprechende Effekt vor Augen geführt wurde.

•

Deutsches Reich.

— § 120e der Gewerbe-Ordnung muß abgeändert werden — mit dieser, gegen den Bundesrath drohend erhobenen Forderung schwenkt die „Deutsche Tageszeitung" mit einem Male zur parlamentarischen Demokratie, wie sie der Freisinn versteht, ab. Und das alles, weil das Bündlerblatt befürchtet, der Bundesrath könne unter dem Vorsitz des Grafen Posadowsky — zu arbeiterfreundlich sein und der Ausbeutung der Mühlenarbeiter eine gewisse Grenze ziehen!

Man schreibt uns dazu: § 120e giebt bekanntlich der Regierung, auch ohne Zustimmung des Reichstages, das Recht, Vorschriften und Anordnungen zu erlassen „für solche Gewerbe, in welchen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird". Die Konservativen haben dem seinerzeit auch nicht widersprochen. Wie hätten sie das auch thun können als ehrliche Freunde einer „starken" Regierung. Aber die Bäckerei-Verordnung und das blöde Toben der Meister dagegen ist ihnen sofort in die Glieder gefahren und die „Deutsche Tageszeitung" als Anwalt aller Drohnen, denen die Bienen in täglich 24 Arbeitsstunden noch nicht genug Blüthenstaub und Honig zutragen und sammeln, zieht daraus entschlossen die Forderung: „über solche Dinge, welche so tief in das Erwerbsleben hineingreifen, muß die Volksvertretung gehört werden ... die Vorschriften müssen dem Reichstage zur Beschlußfassung (nicht nur zur Kenntnißnahme) vorgelegt werden."

Das Verhalten ist charakteristisch und bestätigt das alte Sprüchlein: die Regierung absolut, soweit sie uns konservativen Ausbeutern den Willen thut. Es enthält zugleich eine abermalige, nachträgliche Rechtfertigung der Entscheidung der sozialdemokratischen Fraktion im Jahre 1890/91. Der § 120e sichert einmal alle arbeiterschutzfreundlichen Maßnahmen, wenn — wie sonst bei Gesetzen und vielen Ausführungsvorschriften — Reichstag und Bundesrath übereinstimmen. Er sichert jedoch darüber hinaus unter Umständen auch noch weitere Maßnahmen zu gunsten der Ausgebeuteten, wenn sich der Bundesrath, der in solchem Falle meist der Reichskommission für Arbeiterstatistik folgen wird, dazu entschließen kann, mag auch die Reichstagsmehrheit sich vielleicht als unerschütterliches Bollwerk des konservativen und liberalen „Manchesterthums" erweisen. Die Arbeiter können dabei niemals etwas verlieren, aber zuweilen etwas gewinnen.

Viel wird es natürlich unter den heutigen Verhältnissen nicht sein. Indeß ohne die Vollmachten des Bundesrathes hätten wir heute noch nicht einmal das bißchen Bäckerei-Verordnung und manchen sonstigen kleinen Fortschritt. Es mag eine politische Doktorfrage sein, ob von der geraden Linie des rein formal aufgefaßten

parlamentarischen Prinzips hier vielleicht etwas abgewichen wurde. In jeder widerspruchsvollen Situation wird man sich immer dafür entscheiden, daß die Entwickelung nach vorwärts gefördert wird. Diese Entwickelung könnte aber durch Abänderung des § 120e nur geschädigt werden. —

— **Die 1896 und 1897 bewilligten 5 Millionen Mark für Kornlagerhäuser** in Preußen sind nach der dem Abgeordnetenhause vorgelegten Denkschrift als erschöpft anzusehen, theils für bereits endgiltige Bewilligungen, theils für Bauten, über die noch Verhandlungen schweben.

Nach der eingehenden Darlegung ihres ganzen geschäftlichen Verfahrens legt die Regierung Werth darauf, immer **Eigenthümer der gesammten** Anlage, auch des Grund und Bodens zu sein. Der Staat — oder in seiner Vertretung die landwirthschaftliche Genossenschaft — kauft daher Bauplätze, wo es auf den Staatsbahnhöfen an Platz fehlt oder wo es sich um Privatbahnen handelt.

Die Kornhaus-Genossenschaften hatten **für die ersten Jahre** alle möglichen **Vergünstigungen** verlangt, zum theil sogar die Gewährung von ein bis drei Freijahren, um erst einmal „Erfahrungen zu sammeln". Man einigte sich schließlich dahin, daß während der ersten, fünfjährigen Miethsperiode die Lagergenossenschaften erst zweimal 1, dann $1\frac{1}{2}$, dann 2, endlich $2\frac{1}{2}$ pCt. des Anlagekapitals als Miethzins zahlen, daß aber von etwaigen Betriebsüberschüssen immer 75 pCt. zunächst für den Staat reservirt bleiben, um eine jährliche Verzinsung von 8 pCt. zu erreichen. Bei Genossenschaften, deren Ueberschüsse aus dem Getreidehandel schwer festzustellen sind, weil sie zugleich andere Ein- und Verkaufsgeschäfte betreiben oder weil — wie besonders in Pommern — die Geschäfte der Einzelgenossenschaften und des allgemeinen Genossenschaftsverbandes vielfach in einander übergehen, hat man auf diese Heranziehung der Ueberschüsse verzichtet und feste Miethzinse von $1\frac{1}{2}$, 2, $2\frac{1}{2}$ und nochmals die beiden nächsten Jahre $2\frac{1}{2}$ pCt. bedungen.

Im Betriebe befinden sich bisher nur die Kornhäuser zu Janowitz, Hoheneiche und Halle a. S., alle anderen sind noch im Bau begriffen und zwar sind bewilligt: im Eisenbahn-Direktionsbezirk Stettin Lagerhäuser für Barth, Pyritz, Stargard i. P., Anklam, Schivelbein, Kolberg, Stolp, Plathe — in Danzig für Graudenz, in Kassel für Bettenhausen und Hofgeismar. Verhandlungen über den Bau von Kornhäusern schweben außerdem mit den Kornhausgenossenschaften zu Rastenburg und Tilsit in Ostpreußen, Pelplin in Westpreußen, Neusalz in Schlesien, Einbeck, Hameln und Badbergen in Hannover, Soest und Brakel in Westfalen, Zierenberg und Hanau in Hessen, Belgard, Callies, Falkenburg und Neustettin in Pommern und ferner mit der Landwirthschaftskammer der Provinz Sachsen. In **Berlin** sind 166 000 M. für ein Versuchskornhaus auf dem **alten Hamburger Bahnhof** bewilligt.

— **Preußische Eisenbahnen.** Unter den in der Vorlage betreffend die Erweiterung und Vervollständigung des Staatseisenbahnnetzes u. s. w. vorgeschlagenen neuen Bahnlinien beansprucht die unter Nr. 10 vorgesehene Linie Treuenbrietzen-Nauen nicht allein wegen des Kostenbetrages von mehr als 11,5 Millionen, sondern den „Berl. Pol. Nachr." zufolge auch deshalb besonderes Interesse, weil sie den ersten Schritt auf einem neuen, für die Leistungsfähigkeit des Staatsbahnnetzes bedeutungsvollen Wege bildet. Der Hauptzweck dieser Bahn ist nicht, wie bei den sonstigen, in dem letzten Jahrzehnt gebauten Bahnen regelmäßig, die Erschließung des von ihr durchschnittenen Geländes, obwohl ihr Verkehrsgebiet etwa 700 Quadratkilometer mit insgesammt 32 000 Einwohnern umfaßt, sie soll vielmehr in erster Linie zur **Entlastung der von Südwesten, Westen und Nordwesten nach Berlin mündenden Bahnen** und vor allem der großen Rangirstationen dieser Bahnen dienen. Diese Stationen und die zwischen ihnen liegenden Strecken sind durch den rasch angewachsenen Verkehr bereits jetzt bis nahe an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit belastet. Wird nicht auf baldige Abhilfe Bedacht genommen, so droht die Aufrechterhaltung eines geregelten Betriebes gefährdet zu werden.

Es handelt sich um die Herstellung eines ersten Theiles einer weiteren Ringbahn um Berlin, dem andere Theile folgen werden, sobald das Entlastungsbedürfniß der im Osten und Norden Berlins belegenen großen Rangirstationen und -Strecken sich so stark geltend macht, wie jetzt schon im Westen und Südwesten von Berlin.

— **Reform der Berginspektion.** Infolge des großen Grubenunglücks bei Bochum stellte der Minister Brefeld eine Reform der preußischen Berginspektion in Aussicht. Jetzt ist eine Kommission zu einer Reise nach Belgien, Frankreich und England aufgebrochen, um in diesen Ländern Kenntniß über die dortigen Sicherheitseinrichtungen auf den Gruben zu studiren. Die Kommission besteht aus dem Oberbergrath Heißner-Berlin, Oberbergrath Seybold-Dortmund und Bergassessor Pieper-Bochum. —

— **Der Kampf gegen die welfische Richtung im Braunschweigischen.** Wegen ihrer Zugehörigkeit zu der „Vaterländischen Vereinigung" des Herzogthums Braunschweig war vor mehreren Monaten dem Herrn v. Dann, früherem Bürgermeister von Wolfenbüttel, und dem Rechtsanwalt Herrn v. Dähne seitens der Militärbehörde die Ausstreichung aus der Liste der Reserve-Offiziere angedroht worden. Das braunschweigische Staatsministerium billigte dieses Verfahren. Die betroffenen Herren, neben denen übrigens noch zahlreiche andere auf dieselbe Weise zum Austritt aus dem ihren politischen Ueberzeugungen entsprechenden Verein genöthigt worden sind, führten ihre Beschwerde weiter bis zur höchsten Instanz. Von Berlin aus zog man darauf beim Staatsministerium in Braunschweig Erkundigungen ein und nach langer Frist erfolgte jetzt die Sanktion des Befehls der Militärbehörde. Wie man sagt, wollen nun die beiden Herren lieber auf ihren Reserve-Offiziersrang verzichten, als ihren politischen Ansichten untreu werden. Mit derartigen Maßnahmen wird man eben nie und nirgends Erfolge erzielen. —

— **Schlächter-Innung contra Agrarier.** Gegen den vom Abg. Ring im preußischen Abgeordnetenhause zwecks Erschwerung der Vieheinfuhr eingebrachten Antrag betreffend die **reichsgesetzliche Einführung der allgemeinen Fleischbeschau** wenden sich sogar die Innungsleute des Fleischergewerbes. Die von den Schlächterinnungen der deutschen Seestädte zur Bearbeitung der mit der Vieh- und Fleischeinfuhr verbundenen handelspolitischen Fragen eingesetzte Kommission theilt mit, daß die betreffenden Verhandlungen zwischen dem Bunde der Landwirthe und dem deutschen Fleischerverbande keineswegs zu einer Einigung geführt haben, vielmehr müßte der Verband den Antrag Ring in seiner vorliegenden Fassung aufs schärfste bekämpfen. In einer Zuschrift, welche die genannte Kommission in dieser Angelegenheit versendet, heißt es:

„Eine Uebereinstimmung besteht nur in dem einen Punkte, daß eine genaue gesundheitspolizeiliche Untersuchung der besonders aus Amerika eingeführten Fleisch- und Fettwaaren angeordnet werden solle, da in den letzten Jahren durch zahllose gerichtsärztliche Untersuchungen festgestellt wurde, daß beispielsweise amerikanisches Büchsenfleisch, Wurst und Schmalz nicht nur in ungeheuerlicher Weise verfälscht, sondern auch mit den schärfsten chemischen Präparaten durchsetzt waren. Hiergegen Schutzmaßnahmen zu schaffen, ist ein unabweisbares Gebot des allgemeinen öffentlichen Interesses; ganz abgesehen davon, daß durch die jetzige Masseneinfuhr solcher Fleischwaaren das deutsche Fleischergewerbe dem völligen Zusammenbruch nahe gebracht ist. — In **zwei** anderen, sehr wesentlichen Punkten stehen jedoch die Fleischer dem Antrage Ring entgegen. Derselbe will ja die zwangsweise Fleischbeschau nur für die „gewerbsmäßigen Schlächter" einführen, während die **Landwirthe** bei ihren Schlachtungen **der Fleischbeschau nicht unterworfen** sein sollen! Sogar die bei Vieherkrankungen üblichen „**Nothschlachtungen**" sollen auf dem Lande auch fernerhin von jeder amtlichen Aufsicht frei bleiben! — Sodann hat sich der Bund der Landwirthe geweigert, die vom Fleischerverbande als **gegen Zugeständniß** für die obligatorische Fleischbeschau geforderte **Aufhebung der Viehsperren** dem Antrage Ring beizufügen. Diese beiden Mängel aber machen den Antrag für die deutschen Fleischer völlig werthlos; denn nur die von landwirthschaftlicher Seite durchgesetzten Grenzsperren gegen die Einfuhr lebenden Schlachtviehes haben den jetzigen unhaltbaren Zustand in der Fleischversorgung Deutschlands herbeigeführt. Die Erhebung des Antrages Ring zum Reichsgesetz würde daher den jetzigen Zustand nicht ebessern, sondern durch die beabsichtigte **einseitige** Erschwerung der Einfuhr von Fleisch und Fleischwaaren dem deutschen Volke die Fleischnahrung sofort um 30 bis 40 pCt. vertheuern, ohne daß hierdurch den Fleischern irgend welche Erleichterung in ihrem jetzigen schweren Existenzkampfe geboten würde."

So verdirbt es der Bund der Landwirthe, der sich bekanntlich gern als „Schützer des ganzen Mittelstandes" aufspielt, sogar mit den ihm nächst stehenden Elementen der gewerblichen Bevölkerung durch übermüthigen Egoismus und Einseitigkeit seiner Forderungen. —

— **Noch einmal der Lotterieteufel für die nothleidende Landwirthschaft** mobilisirt. Die offizielle „Berl. Korr." schreibt:

„Dem Pferdezuchtverein für Elsaß-Lothringen ist die Erlaubniß ertheilt worden, zu der in diesem Jahre zu veranstaltenden öffentlichen Ausspielung von Pferden, Wagen und anderen Gegenständen im Regierungsbezirke Sigmaringen und in den Provinzen Hannover, Hessen-Nassau, Westfalen und Rheinland Loose zu vertreiben." —

— **Vom Bernsteinregal.** Nach der „Ostd. Ztg." soll den nächsten Landtag gleich bei seinem Zusammentritt eine Vorlage, betreffend Ankauf der Bernsteingräbereien des Geh. Kommerzienraths Becker in Palmnicken, zugehen. Nach wie vor bestehe bei der preußischen Staatsregierung die Absicht, den gesammten Besitz Becker's anzukaufen und in Staatsverwaltung unter dem Ressort des Ministeriums für Handel und Gewerbe zu nehmen. —

— **Sitzungen sind keine Versammlungen**, so hat das Landgericht in Düsseldorf als Berufungsinstanz entschieden und den Kommerzienrath Servaes als Vorsitzenden des „Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirthschaftlichen Interessen für Rheinland und Westfalen" freigesprochen, weil er die Versammlung des aus 36 Mitgliedern bestehenden Ausschusses der Vereins, in welchem über die Stellung zur Flottenvorlage beschlossen wurde, polizeilich nicht angemeldet hatte.

Unseren rheinischen Genossen möchten wir nicht empfehlen, auf grund dieses Urtheils allzuschwer zu sündigen. —

— **Daß Herr Theodor Reuß** für eine Anzahl bürgerlicher Redaktionen noch immer gerade gut genug ist, geht aus dem folgenden, uns im Original vorliegenden Schreiben hervor:

Union Telegram Co. &
Central Press of London. The oldest Press Agency.
Head Office: 127 Palace Chambkes, Westminster, London.
Berlin Manager: Tempelherrenstr. 22.
Theodor Reuss. **Berlin S., 11. April 1898.**

Euer Wohlgeboren,

Gestatte ich mir mitzutheilen, daß ich mit einer Anzahl von Zeitungen ein Abkommen getroffen habe, denselben aus Makedonien und Konstantinopel wöchentlich ein Feuilleton über die derzeitige sehr gespannte Lage zu senden, und falls es zu Verwickelungen zwischen Bulgaren und Türken kommen sollte, kurz zu telegraphiren. Ich möchte nun anfragen, ob auch Sie für Ihre Zeitung und Stadt auf eine Serie von 6 Feuilletons zum Gesammtpreis von 100 M. reflektiren würden, in welchem Falle ich für das oder die Telegramme nur die baaren Depeschenauslagen berechnen würde.

Indem ich noch auf inliegende **Drucksache** verweise, sehe ich Ihrer gütigen Entschließung gerne entgegen.

Mit aller Hochachtung ergebenst
Theodor Reuß

— **Parlamentarisch zu regieren** erklärte das nationalliberale" Ministerium Badens stets, so lange es über die Majorität in der Zweiten Kammer verfügte. Nun, wo die Nationalliberalen auch dort an die Wand gedrückt sind, erklärt der Wahl- und Polizeiminister Eisenlohr in der Ersten badischen Kammer:

Baden sei ein konstitutioneller Staat und werde nicht parlamentarisch regiert, und man habe wohl allen Grund, eine Aenderung hier nicht zu wünschen.

Man sieht, Herr Eisenlohr versteht sein Mäntelchen zu drehen, je nachdem der Wind pfeift. Diese Gewandtheit wird ihm im Volke nicht mehr Respekt schaffen als seine sonstigen Gewandtheiten. —

Aus Elsaß-Lothringen, 17. April. (Eig. Ber.) Die „**Straßburger Post**", das offiziöse Sprachrohr des Ministeriums Puttkamer, reproduzirt einen Artikel der „Köln. Ztg.", in welchem auf die Gefahren des **Anschlusses der Beamtenschaft an die Sozialdemokratie** hingewiesen und den rebellischen Dienern des Staates das politische Gewissen geschärft wird.

„Wer als Beamter mit den Sozialdemokraten zusammengehen will", heißt es in dieser offiziösen Verlautbarung, „der kann nicht ehrlich bleiben, wenn er nicht zuvor auf seine staatliche oder Reichsbeamten-Stellung verzichtet. . . Das ist umso wichtiger, weil sich in den letzten Jahren der unteren Klassen unseres Beamtenthums eine gewisse **Verstimmung** bemächtigt hatte, daß ihre Besoldungen nicht entsprechend den gesteigerten Lebensbedürfnissen rechtzeitig in die Höhe gesetzt worden waren. Die radikalen Parteien rechts und links hatten diese Verstimmung mit aller Kraft geschürt — es war dies eine unerbittliche Folgerung des Geltung des **allgemeinen Wahlrechts** — und die Regierungen hatten es nicht verstanden, rechtzeitig den Wind in ihre Segel zu fangen und freiwillig zu gewähren, was sie sich jetzt nach und nach fast widerwillig abtrotzen ließen. . . Jetzt sind in weitgehendem Maße die Beamtenbesoldungen verbessert worden; umso gerechtfertigter müssen wir die Mahnung finden, daß, wer vorzieht, als Sozialdemokrat sich zu bekennen, dann seinen Dienst zuvor verlassen und auch seinerseits auf eigene Faust den Kampf ums Dasein antreten soll. Ein Beamter, der heuchlerisch nach außen seinem Kaiser und König die schuldige Ehre erweist, innerlich aber mit der Sozialdemokratie eine Umwälzung der auch seinem Schutze anvertrauten Staats- und Gesellschaftsordnung anstrebt, ist für jede Verwaltung eine schwere Gefahr. Hier verlangen wir reinen Tisch und reine Herzen."

Man muß sich, um obigen offiziösen Warnungsruf richtig zu verstehen, einer Zuschrift erinnern, die vor einiger Zeit den „**Münchener Neuesten Nachrichten**" aus **Straßburg** zugegangen war. Dieselbe stammte aller Wahrscheinlichkeit nach aus Beamtenkreisen und enthielt die Drohung, daß die Kandidatur des Bürgermeisters und Unterstaatssekretärs a. D. **Back** für den Reichstagswahlkreis Straßburg-Stadt die dortige Beamtenschaft allermindestens zur Wahlenthaltung, wenn nicht zu einer schärferen Stellungnahme gegen die Regierung veranlassen werde, weil sich letztere bisher den Forderungen der Beamten um Gehaltserhöhungen gegenüber unzulänglich gezeigt habe.

Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des **Landesausschusses** vom 19. d. M. steht u. a. die erste Lesung des **Gesetzentwurfs über die Presse** in Elsaß-Lothringen, sodann des Entwurfs eines Gesetzes über die **Disziplin der Richter**, endlich der Initiativantrag Adam und Genossen betr. die **Uebernahme der Kosten der Irrenpflege** auf die **Landeskasse**.

— **Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.** Der 20 Jahre alte Arbeiter Heinrich Ludwig Alb. **Heß** aus Weida, stand am 14. April vor der Strafkammer des Geraer Landgerichts, um sich wegen Majestätsbeleidigung zu verantworten. Er saß eines Tages mit mehreren Zechgenossen am Biertisch, wobei von dem Kaiser und den kaiserlichen Kindern gesprochen wurde. Heß hat bei diesem Thema Aeußerungen über den Kaiser gemacht, die er mit zwei Monaten Gefängniß büßen muß. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Die Strafkammer in **Dortmund** verurtheilte den Maurer A. **Gropp** zu drei Monaten Gefängniß. Von der Untersuchung wurden ihm zwei Monate auf die Strafe angerechnet. —

— **Die chinesischen „Freudenfeste"** zu Ehren des Prinzen Heinrich haben nun begonnen. Der Prinz ist am Sonntag in Shanghai angelangt. Er wurde dort vom Taotai von Shanghai im deutschen Konsulat empfangen. Die nächste Zeit dürfte weitere chinesische Erhebungen für den Prinzen mit der gepanzerten Faust bringen. Die Veranstalter der festlichen Empfänge werden freilich sehr sauer-süße Mienen dabei zeigen.

Der zum Gouverneur von Kiautschau ernannte Kapitän zur See **Rosendahl** ist daselbst eingetroffen und hat die Geschäfte übernommen. —

— **Koloniales.** Eine kaiserliche Verordnung bestimmt auf grund des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete, daß innerhalb des **südwestafrikanischen** Schutzgebietes gelegene, Eingeborenen gehörige oder der Regierung zur Verfügung stehende Ländereien für das unveräußerliche Eigenthum eines Eingeborenenstammes oder Verbandes von Stämmen erklärt und zu Wohnungen für die zu dem Stamm oder Verband gehörigen Personen vorbehalten werden können. Innerhalb solcher Reservate darf kein Fremder ohne Erlaubniß des Landeshauptmanns Land in Benutzung nehmen oder Handel oder Gewerbe treiben. —

Ungarn.

— **Die Sozialistenverfolgungen.** Die Ausweisungen aus Budapest sind offenbar das letzte und grausamste Mittel, womit die ungarischen Machthaber die sozialistische Bewegung zu erwürgen hoffen. Die Parteileitung der ungarländischen Sozialdemokratie, die 14 Mitglieder zählt, ist nunmehr auf drei Köpfe zusammengeschmolzen; es ist aber dafür gesorgt, daß aus der Provinz Genossen nachrücken werden, die nach Budapest zuständig sind.

Frankreich.

Remiremont, 17. April. Der Ministerpräsident Meline gab heute hier seinen Wählern einen Rechenschaftsbericht über seine Ausübung des Deputirtenmandats. Er rechtfertigte die Politik des von ihm geleiteten Kabinets, hob den Dienst hervor, den es Frankreich durch die Allianz mit Rußland, durch die Verbesserung der Lage in Madagaskar und Tunis sowie durch die kolonialen Erwerbungen in China erwiesen habe. Er rühmte sodann die Politik Hanotaux' und betonte bezüglich der inneren Verhältnisse, seine (Redners) Politik sei eine solche praktischer Reformen, gemäß den Grundsätzen Gambetta's und Ferry's. Er sprach auch von einer äußeren Gefahr, welche Frankreich kürzlich wegen der Dreyfus-Angelegenheit drohte. Ferner sei er für Freiheit in religiösen Dingen. Schließlich sprach sich Meline noch gegen die Einkommensteuer aus. —

Der frühere Premierminister Ribot hat gelegentlich eines Festessens in Arras eine Ansprache gehalten, in welcher er die Nothwendigkeit einer Regierungspartei, unter Ausschluß der Sozialisten zu gründen, an den Tag legt.

Kasimir Perrier wird als Kandidat für die nächsten Kammerwahlen im Departement Aube aufgestellt. —

— **Zola** hat bei der Staatsanwaltschaft beantragt, auch Alfred **Dreyfus** als Zeugen zu laden. —

Belgien.

— **Der Senat** hat nunmehr ebenfalls das Gesetz, betreffend den Gebrauch der vlämischen Sprache bei den Behörden und Gerichten mit 47 gegen 39 Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen angenommen.*) Ein Antrag, das Gesetz auch den deutschsprechenden Belgiern zu gute kommen zu lassen, wurde abgelehnt, weil die Zahl derselben zu gering sei. —

England.

— **England und die arabische Frage.** Ein Artikel der „Bombay Gazette", den wir in dem seit kurzem in Stuttgart erscheinenden „Politischen Wochenblatt" reproduzirt finden, empfahl kürzlich aufs neue den Bau einer **Eisenbahn-Verbindung von Egypten durch Arabien nach dem Persischen Golf.** In London hat sich bereits eine Gesellschaft mit einem Kapital von 1 000 000 M. gebildet, „the Railway to India Pioneer Company", um die den Bau vorbereitenden Handlungen vorzunehmen. In den Interessentenkreisen wird unumwunden ausgesprochen, daß England den Persischen Golf und die Ostküste der arabischen Halbinsel als ausschließlich englische Interessensphäre und Domäne betrachtet. Die gegenwärtigen Vorgänge in und am Persischen Golf erhalten damit erst die richtige Beleuchtung. Die Erwartung, daß ganz Arabien, wie Egypten, unter englischen Einfluß kommen werde, gewinnt unter den Engländern immer mehr Anhänger. Es spielen bei diesem Wunsche nicht nur wirthschaftliche, sondern auch rein politische Verhältnisse mit. Seit England mit dem Sultan auf schlechtem Fuß steht und seit infolge dessen überall in der mohammedanischen Welt, wenigstens unter denjenigen, die in dem Sultan als dem Beherrscher von Mekka ihr religiöses Oberhaupt erblicken, sich eine Gährung und zum theil offene Ausbrüche von Feindseligkeit gegen die Engländer bemerkbar machen, muß bei der englischen Regierung der Wunsch immer größer werden, die nicht sehr fest begründete Herrschaft des Padischah in Arabien zu beseitigen und sich selbst zum Herrn auch der Westküste mit Mekka zu machen. Damit würde der Sultan, da er nicht seiner Abstammung nach, sondern nur als Beherrscher der heiligen Plätze des Islam seine Würde als Haupt der gläubigen Sunniten innehat, nicht mehr auf die unter der Herrschaft der Engländer stehenden oder mit ihnen verfeindeten mohammedanischen Stämme einen Einfluß wie bisher ausüben können, vielmehr würde ein gewiß schnell gefundenes, von den Engländern abhängiges neues religiöses Oberhaupt in Mekka in der den Engländern feindlichen Stimmung der mohammedanischen Welt Wandel schaffen. Diese politischen Verhältnisse kommen sowohl für die Wahl der Eisenbahnroute nach Indien als auch für die Zeit ihrer Ausführung in Frage. Denn daß mit dem Bau einer solchen unter englischem Regime und Kontrolle stehenden Bahn quer durch Arabien eine gewaltige Steigerung der englischen Machtstellung und eine Verminderung der türkischen Herrschaftsrechte in der Halbinsel verbunden wären, braucht nicht näher ausgeführt zu werden. —

Dänemark.

Kopenhagen, 14. April. („Frankf. Ztg.") Man hatte erwartet, daß das Ministerium Hörring, nachdem die Linke eine so große Majorität bei den letzten Folkethingswahlen erlangt hat, zurücktreten würde, um einem aus Mitgliedern der Linken-Reformpartei bestehenden Kabinet Platz zu machen. Wie ich aus bester Quelle erfahre, wird dies vorläufig nicht geschehen. Die Regierung wird den Reichstag vor dem in der Verfassung bestimmten Zeitpunkte, d. h. anfangs Oktober, nicht einberufen, und vor dieser Zeit soll kein Ministerwechsel eintreten. Nach dem Zusammentreten des Reichstages wird es von der Haltung der Opposition abhängen, ob das Ministerium demissioniren wird oder nicht. So ist in einem nach den Wahlen abgehaltenen Ministerrath beschlossen worden. Es wurde in der Berathung auch darauf hingewiesen, daß man erst das Ergebniß der im September stattfindenden Landsthing-Wahlen abwarten solle. Sollte es der Linken gelingen, auch bei diesen Wahlen ihre Kandidaten durchzusetzen, so würde die Regierung demissioniren. —

Spanien.

— **Die Lage auf den Philippinen.** Die „Köln. Ztg." entnimmt einem von den Philippineninseln gekommenen Privatbriefe eines Deutschen, daß im Norden der Insel eine bedenkliche Gährung herrschte. Die Aufständischen nahmen verschiedene Ortschaften ein, wobei mehrere katholische Geistliche getödtet wurden. Man erwartete täglich das Eintreffen eines englischen Kriegsschiffes. —

Serbien.

Belgrad, 15. April. (Eig. Ber.) Hier erschien eine Flugschrift, die sofort nach dem Erscheinen konfiszirt wurde, die den sensationellen Titel „Der König ist wahnsinnig" trug. — Der Autor, der ein ehemaliger Hofangestellter sein soll, sagt uns, daß die große

*) Dies bedeutet einen großen Erfolg der Vlämen, welche seit langem mit Eifer für die Gleichberechtigung ihrer Sprache kämpfen.

Nervosität, an der Klein-Alexander seit längerer Zeit litt, in einen wirklichen Wahnsinn ausartete, seitdem er in Blanik beinahe ertrunken war. Eine große Anzahl sehr interessanter Einzelheiten aus dem Leben und der Regierung des hiesigen Königs giebt uns der Autor, um diese seine Behauptung zu bestätigen. Und was nun? fragt er sich. Die Regierung arbeitet ernstlich daran, Milan wieder einzusetzen, wird aber das serbische Volk dies zulassen?

Der Autor zählt alle Greuelthaten der früheren Regierung Milan's auf und ruft am Ende aus: „Alexander ist krank — Milan ist aber ein Verräther." — Es bleibe uns nichts anderes übrig, als den beiden die Thüre zu zeigen, um so endlich Herr in unserem eigenen Hause zu werden. „Serbien gehört dem serbischen Volke, das es befreit und erhalten hat. Die Obrenowitsch haben kein Recht auf unser Vaterland; sie zeichneten sich bis heute nur durch Verrath aus."

Die Broschüre macht um so größeren Eindruck, als man glaubt, daß ihr Autor dem Hofe nahe steht oder wenigstens gestanden hat. Die serbischen Blätter, die sich über die Broschüre äußern wollten, wurden beschlagnahmt. In den Regierungskreisen ist man bemüht, die unangenehme Affäre todtzuschweigen, da eine neue Anleihe bevorsteht und man den Glauben erwecken muß, daß das Land Ruhe und Ordnung genießt. Aber der Eindruck, den die Broschüre beim Volke hinterlassen hat, bleibt und wird nicht leicht verwischt werden. —

Belgrad, 16. April. Wie verlautet, werden die Wahlen für die Skupschtina Ende Mai stattfinden; die Skupschtina soll bald darauf nach Nisch einberufen werden. —

Belgrad, 17. April. (Köln. Ztg.") Der Ministerpräsident Georgiewitsch unterbreitete dem Könige einen die weitere Knebelung der Presse bezweckenden Ukas, wonach die Redakteure politischer Blätter 5000 Fr. Kaution erlegen und ein Befähigungszeugniß aufweisen müssen. —

Rußland.

— Zu den Massenverhaftungen ist noch nachzutragen, daß gleichzeitig mit den im „Vorwärts" bereits gemeldeten acht Städten auch Charkow und Woronesch von Verhaftungen betroffen wurden.

In Petersburg wird angenommen, daß den Anlaß zu den dort vorgenommenen Verhaftungen das Erscheinen eines neuen Programmes der „Narodnaja Wolja" gegeben hat. Dieses Programm enthält übrigens im Vergleich mit demjenigen der früheren „Narodnaja Wolja" (der Terroristen) eine bedeutende Annäherung an die Anschauungen der russischen Sozialdemokratie. Während der Haussuchungen soll wieder eine Druckerei der „Narodnaja Wolja" in die Hände der Polizei gerathen sein, überhaupt werden die in Petersburg Verhafteten von den Behörden der Angehörigkeit zur Richtung der „Narodnaja Wolja", nicht aber zur Sozialdemokratie verdächtigt. Es wird erzählt, daß ursprünglich eine Liste von 400 Personen gemacht wurde, welche in Petersburg verhaftet werden sollten. Der Stadthauptmann Kleigels soll sich aber gegen die Ausführung eines so monströsen Verhaftungsfeldzuges gesträubt haben und am 22. März wurden nur 80 Haussuchungen vorgenommen, welchen 50 Verhaftungen folgten. In den folgenden Tagen wurde aber mit den Verhaftungen fortgefahren, bis zum 12. April erreichte die Zahl der Verhafteten 83. Die ersten Verhaftungen haben hauptsächlich unter Studentinnen, die späteren aber unter Beamten stattgefunden. Bei einem Gymnasiallehrer wurde sechs Stunden lang gehaussucht, worauf auch er verhaftet wurde. Die Verhaftungen dauern in Petersburg auch jetzt noch fort. —

Türkei.

— Die türkisch-bulgarischen Beziehungen. Aus Konstantinopel wird der „Intern. Korresp." unterm 16. April gemeldet: In den türkischen Regierungskreisen bezeichnet man es als eine Vorbedingung für die Wiederherstellung besserer Beziehungen zu Bulgarien, daß die bulgarische Regierung ihren bisherigen Agenten Markow, welcher sich augenblicklich in Sofia befindet, nicht wieder nach Konstantinopel sende. Markow ist auf der Hohen Pforte infolge der letzten Streitfälle derartig mißliebig geworden, daß er allgemein als wesentliches Hinderniß für eine friedlichere Gestaltung der Lage angesehen wird. —

— Zur Kretafrage wird aus Kanea vom 17. April gemeldet: In Heraklion ist ein russisches Besatzungskorps von 400 Mann eingetroffen, für deren Unterbringung schon vorher in aller Stille mehrere Grundstücke und Gebäude angekauft worden waren. Bisher war Heraklion nur von 1800 Engländern besetzt, welche dort ebenfalls eigene Kasernenbauten aufgeführt haben. In den Konsulatskreisen wird die russische Maßregel in der Weise erklärt, daß Rußland den englischen Vorschlag, wonach die Städte Kanea und Heraklion gemeinsam besetzt und der übrige Theil der Insel in vier gesonderte Verwaltungsbezirke für England, Rußland, Frankreich und Italien zertheilt werden soll, angenommen habe. —

Afrika.

Kairo, 18. April. Die Operationen gegen die Derwische sind bis Ende Juli d. J. eingestellt worden. —

Asien.

— Rußland und Korea. Der „Kölnischen Zeitung" wird in einem Telegramm aus Petersburg gemeldet, man sei dort der Ansicht, daß, wenn die inneren Wirren in Korea nicht schleunigst abgestellt werden, Rußland ohne Verzug zur Besetzung Korea's schreiten werde, da die Zurückziehung der russischen Instrukteure aus dem koreanischen Heere unter der Bedingung geschah, daß die koreanische Regierung selbst die Unabhängigkeit des Landes, sowie auch die Ruhe und Ordnung im Innern wahren werde.

— Ein Anzeichen des wirthschaftlichen Aufschwungs in Japan giebt die Entwickelung des Eisenbahnnetzes. Die „Engineering" bringt hierüber einige interessante Angaben, denen wir folgendes entnehmen: Die erste japanische Eisenbahn war die im Jahre 1872 erbaute 18 englische Meilen lange (1 engl. M. = 1,6 Kilometer) Bahn zwischen Tokio und Yokohama. Seitdem hat sich das Netz jährlich um durchschnittlich 100 Meilen vermehrt und hat jetzt eine Länge von ca. 3000 Meilen. Im letzten Jahre allein wurden über 500 Meilen angelegt und für das nächste Jahr sind über 2000 Meilen Neuanlagen projektirt. Daß die japanischen Arbeiter diesen kolossalen Aufschwung nicht unbenutzt vorübergehen lassen, zeigen die Angaben, die wir vor einiger Zeit über die japanische Arbeiterbewegung machten.

Ein weiteres Zeichen des industriellen Aufschwungs in Japan giebt sich in dem Fallen des deutschen Imports in 5 von den 7 wichtigsten Einfuhrartikeln zu erkennen. Während in der ersten Hälfte des Jahres 1896 die Einfuhr an Wollenzeugen, Nägeln, Anilinfarben, Walzeisen und Alkaloiden 17 700 Tonnen betrug, war dieselbe Zahl für die erste Hälfte 1897 nur 9400, also um zirka 40 pCt. geringer. Ausgeglichen wurde der Verlust allerdings dadurch, daß die Zuckereinfuhr von 4400 auf 18 700 und diejenige von wollenen Garnen von 153 auf 300 Tonnen stieg, sodaß die Gesammt-Einfuhr noch eine geringe Zunahme, nämlich von 22 300 auf 23 400 Tonnen aufwies. Da aber die japanischen Kapitalisten bereits dabei sind, eine Zuckerindustrie in Japan zu schaffen und große Zuckerraffinerien in Osaka und Tokio errichten, wird wohl auch dem Wachsthum der Zuckereinfuhr bald eine Grenze gesetzt werden, und bei der billigen Rohzuckereinfuhr von Formosa wird Japan nicht nur den eigenen Bedarf decken, sondern auch in China Absatz gewinnen und der europäischen Konkurrenz gefährlich werden. —

Parlamentarisches.

Die Rechnungskommission des Abgeordnetenhauses hat den vom Abg. Köller (natl.) verfaßten Bericht betreffend die Uebersicht von Staatseinnahmen und -Ausgaben für das Jahr vom 1. April 1896/97 ausgegeben. Er beantragt, vorbehaltlich der Prüfung und der Erinnerungen der königlichen Oberrechnungskammer, die im Etatsjahre vom 1. April 1896/97 vorgekommenen: a) Etatsüberschreitungen in einer Gesammthöhe von 142 879 652,24 M. b) noch nicht genehmigten außerelatsmäßigen Ausgaben von zusammen 1 080 701,20 M. c) die Verausgabung der in der Uebersicht von den persönlichen und sächlichen Verwaltungsausgaben der Preußischen Zentral-Genossenschaftskasse als Etatsüberschreitungen nachgewiesenen 48 140,41 M. nachträglich zu genehmigen.

In der Einnahme für das Ministerium des Innern Kap. 31 Tit. 2a sind die Beiträge der Gemeinden zu den Kosten königlicher Polizeiverwaltungen enthalten. Die erbetenen Nachweisungen der auf grund des Gesetzes vom 20. April 1892 von den Gemeinden mit königlicher Polizeiverwaltung zu den Kosten dieser Verwaltung zu entrichtenden Polizeikostenbeiträge und der von diesen Gemeinden im Rechnungsjahre 1896/97 wirklich gezahlten Beiträge sind gegeben worden. Die Jahressumme der normalen Beiträge betrug in ersterer Beziehung 7 483 384,69 Mark, der ermäßigten Beträge 6 910 259,42 Mark, die Differenz 573 225,27 M. Die Gemeinden mit königlicher Polizeiverwaltung haben zu den Kosten dieser Verwaltung 7 064 987,63 M. gezahlt, der Rest belief sich auf 96 155,58 M. Im Ueberschwemmungsgebiet 1897/98 sind mit Meliorationsarbeiten 520 Gefangene in 50 195 Arbeitstagen beschäftigt worden, mit Aufräumungsarbeiten 401 Gefangene in 16 133 Arbeitstagen.

Dienstag werden die Plenarsitzungen des Abgeordnetenhauses wieder aufgenommen werden. Auf der Tagesordnung der Vormittag 11 Uhr stattfindenden 62. Plenarsitzung stehen die Verlesung der Interpellation der Abgg. v. Brockhausen und Genossen, betreffend den Detailhandel der Waarenhäuser u. s. w., sowie die Begründung und Beantwortung der Interpellation der Abgg. Szmula und Genossen, betreffend die Beseitigung des Mangels an ständigen Dienstboten und landwirthschaftlichen Arbeitern in den östlichen Provinzen.

Die Finanzkommission des Herrenhauses trat gestern Mittag in die Berathung des Etats ein. Die Berathungen sollen drei Tage dauern. Das Plenum wird sich, wie feststeht, bereits am 27. d. M. mit dem Etat zu beschäftigen haben.

Wahlbewegung.

Die Parteigenossen in den einzelnen Wahlkreisen werden ersucht, von den Wahlflugblättern, die während des bevorstehenden Wahlkampfes in den betreffenden Kreisen erscheinen — gleichgiltig ob von unserer oder von gegnerischen Parteien herausgegeben — je ein Paar Exemplare an das Parteibureau, Adresse:

J. Auer, Berlin SW., Katzbachstr. 9,

einzusenden.

Für den fünften Berliner Reichstags-Wahlkreis stellte gestern Abend eine von etwa 2000 Personen besuchte Versammlung der freisinnigen Volkspartei den Stadtschul-Inspektor Dr. Zwick als Kandidaten für die Reichstagswahl auf.

Als Reichstagskandidat für den 12. hannoverschen Wahlkreis, Göttingen, ist vom national-sozialen Verein der Verlagsbuchhändler Dr. Wilhelm Ruprecht in Göttingen aufgestellt worden.

In Görlitz soll von den Konservativen Landtags-Abgeordneter Schlabitz kandidiren.

Im Wahlkreise Osterode-Neidenburg (Ostpreußen) haben die Konservativen Herrn von Weitzel als Kandidaten aufgestellt, da Herr Donat zurückgetreten ist.

Aus Höchst a. M. wird uns geschrieben, daß nunmehr sämmtliche Parteien ihre Kandidaten nominirt haben. Unsere Parteifreunde sind bereits eifrig in die Wahlagitation eingetreten und ist am Sonntag das zweite Flugblatt, der Aufruf der Fraktion, in 50 000 Exemplaren zur Verbreitung gelangt.

In einer am Ostersonntag in Borny bei Metz abgehaltenen Privatversammlung von Metzer Sozialdemokraten, die sehr anregend verlief und den besten Geist offenbarte, wurde nach allseitig befriedigender Regelung innerer Parteiangelegenheiten mit Einstimmigkeit die Kandidatur Jean Martin, Journalist in Straßburg, für die Reichstagswahl im Kreise Metz beschlossen.

Die Fahnenflucht der geistlichen Reichstags-Abgeordneten in Elsaß-Lothringen nimmt immer größere Dimensionen an. Wie verlautet, wird auch der Vertreter von Saargemünd, Pfarrer Colbus von Neunkirchen, nicht mehr kandidiren. Als sein Nachfolger wird Bürgermeister Utzschneider in Saargemünd bezeichnet.

Partei-Nachrichten.

Todtenliste der Partei. Einen herben Verlust erlitt die Sozialdemokratie in Höchst a. M. durch den Tod des langjährigen Parteigenossen Georg Philipp Hartmann. Er hat unter dem Ausnahmegesetz seine ganze Kraft für die Ausbreitung der Partei im Wahlkreise Höchst aufgeboten, besonders eifrig wirkte er in den Jahren 1881, 1884 und 1887 an der Seite von Frohme und Fleischmann, den damaligen Reichstags-Kandidaten jenes Kreises. Etliche Jahre hindurch bekleidete er das Amt eines Gewerbegerichtsbeisitzers, auch war er Mitglied des Vorstands der Orts-Krankenkasse. Beiden Aemtern stand er mit großer Pflichttreue vor. In welch hohem Maße er die Sympathien der Arbeiterschaft genossen hat, zeigte sich auch bei seinem Begräbniß; nahezu 600 Personen gaben ihm das letzte Geleite. Das Halten von Reden auf dem Friedhofe hatte die Polizei in einer Zuschrift an den Reichstags-Abgeordneten Brühne aus Frankfurt, dem Vertreter des Kreises, mit dem Bemerken untersagt, daß beim Niederlegen der Kränze kurze Widmungen gestattet seien. Hartmann hat die Feldzüge von 1866 und 1870 mitgemacht, den üblichen Nachruf am Grabe gestattete das „dankbare Vaterland" dem Sozialdemokraten aber natürlich nicht. Um so treuer wird die kämpfende Arbeiterschaft des Kreises Höchst sein Andenken in Ehren halten!

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— Der Parteigenosse Salomon Leffen in Charlottenburg hat Sonnabend das dortige Amtsgerichts-Gefängniß nach Verbüßung einer 15tägigen Freiheitsstrafe verlassen, die ihm als verantwortlichem Redakteur des „Volksblatts für Halle" wegen Beleidigung des Schuhfabrikanten Seiler in Weißenfels auferlegt war.

— Das „Sächsische Volksblatt" veröffentlicht ein Schreiben des Turnraths des Allgemeinen Turnvereins in Elsterberg, worin einem Mitglied folgendes bekannt gemacht wird: „Auf grund eines Erlasses der königl. Amtshauptmannschaft zu Plauen, welche eine gleichzeitige Zugehörigkeit zum hiesigen Arbeiterverein als unvereinbar mit der Mitgliedschaft unseres Vereins betrachtet, haben wir uns genöthigt gesehen, Sie aus der Mitgliederliste unseres Vereins zu streichen." Bisher sind in Deutschland, soweit bekannt, nur den Kriegervereinen Vorschriften darüber gemacht worden, wen sie als Mitglied führen dürfen. Nun kommen, so scheint es, die Turnvereine der sogenannten patriotischen Richtung dran, und wieder wäre es Sachsen, wo man „bahnbrechend" voranginge.

Siebente ordentliche General-Versammlung des Vereins deutscher Schuhmacher.

Mainz, den 15. April.

Die Kommission in Sachen Marcus, Deutsche Schuhfabrik, erklärt, daß die Mittheilung bez. des Verkaufs der Fabrik richtig sei und das Verhältniß mit Marcus eine befriedigende Regelung gefunden hat.

Sodann wird die Debatte über die Arbeitslosen-Unterstützung fortgesetzt. Ein Theil der Redner lehnt prinzipiell jede Unterstützung ab, weil sie der Gewerkschaft schade, indem sie ihr den Charakter der Kampforganisation nehme. Andere widersprechen dem in entschiedenster Weise. Durch die Unterstützung der Arbeitslosen werde der Verband viel widerstandsfähiger, der Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen werde damit nicht aufgegeben. Mehrere Redner hielten die Einführung für wünschenswerth, aber nicht für durchführbar. — Ueber das Prinzip der Versicherung wird namentlich abgestimmt. Die Abstimmung ergiebt die Annahme mit 31 gegen 17 Stimmen. Das Regulativ Köller's und die Anträge werden einer Kommission von fünf Mitgliedern überwiesen.

Ueber die Fachpresse referirt Göller: Die Preßkommission habe bezüglich der geschäftlichen Verhältnisse zu enge Befugnisse gehabt. Das Blatt, das materiell bereits dem Verbande gehöre, müsse ihm auch rechtlich gehören; redaktionell müsse es mehr die Schuhmacherinteressen, als die allgemeinen politischen vertreten.

Bock giebt eine eingehende Darstellung der Entwickelung des Fachblattes und seiner Thätigkeit in der Bewegung. Er habe sich nur als nominellen Eigenthümer betrachtet, nur den Redakteurgehalt von anfangs 50, später 100 M. pro Monat bezogen und die Ueberschüsse für die Bewegung verwendet. Der Preis des Fachblattes sei einer der billigsten. Er schlägt vor: Der Verein übernimmt das Blatt von der Gothaer Druckerei zum Selbstkostenpreis.

Nachmittags-Sitzung. In ausgedehnter Debatte werden die Aufgaben des Fachblattes und die dazu gestellten Anträge erörtert. Der Antrag Berlin auf Aufhebung des Fachblatt-Obligatoriums wird gegen die Stimmen der Berliner abgelehnt, desgleichen ein Antrag auf Wiedereinführung der technischen Beilage gegen 2 Stimmen. Einstimmig wird beschlossen, Vorstand und Redaktion mit der Vereinbarung einer Vergütung der Zentral-Kranken- und Sterbekasse für deren Veröffentlichungen im Fachblatte zu beauftragen. Als Redakteur wird einstimmig Bock wiedergewählt; dem Ausschuß wird die Kontrolle über die Presse übertragen.

Das Streikreglement wird mit einigen geringen Aenderungen angenommen. Die §§ 1—9 bestimmen im wesentlichen: Arbeitseinstellungen von Vereinsmitgliedern können nur mit Genehmigung des Vorstandes erfolgen, desgleichen die Verhängung der Sperre über Werkstätten. Angriffsstreiks müssen mindestens zwei Monate vor Beginn dem Vorstande und dem Agitationskomitee gemeldet und ein genauer Bericht erstattet werden.

Den Beschluß, ob sie in einen Ausstand eintreten wollen, haben die Vereinsmitglieder in geheimer Abstimmung zu fassen. Vor der Entscheidung des Zentralvorstandes darf die Arbeit nicht niedergelegt werden. Von mehreren Angriffsstreiks ist denjenigen der Vorzug einzuräumen, die Verkürzung der Arbeitszeit, Abschaffung der Hausindustrie und Einführung des Zeitlohnes in Aussicht nehmen, sowie denjenigen in solchen Bezirken, in denen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse die rückständigsten sind. Der Vorstand hat sofort ein Mitglied oder einen Vertreter in das Ausstandsgebiet zu entsenden, dem die Einziehung genauer Informationen, der Vollzug des Streikreglements, sowie nach Möglichkeit Anbahnung von Verhandlungen zwischen den Parteien obliegen.

Vierter Verhandlungstag.

Mainz, den 16. April.

Die Berathung des Streikreglements wird in eingehender Erörterung und unter Ablehnung einer größeren Anzahl von Anträgen zu Ende geführt. Eine Kombination der Anträge Kölle und Simon, zu deren Gunsten der Antrag Berlin auf obligatorische Einführung des Streikmarkensystems zurückgezogen ist, ergiebt die Bestimmung: Um die Mittel für die Streikunterstützung zu beschaffen, sind die Agitationskommissionen verpflichtet, dafür zu sorgen, daß in ihren Bezirken fortlaufende, mindestens aber während der Dauer größerer Streiks oder Aussperrungen dauernde Beiträge erhoben werden. Wo es möglich ist, für den Streikfonds eine prozentuale Abgabe vom Lohne zu erheben, geschieht dies in der Weise, daß jeder Kollege von einem Verdienst von 10—18 M. wöchentlich 10 Pf., von 18—25 M. 20 Pf., von 25—30 M. 30 Pf., über 30 M. 50 Pf. zu zahlen hat. Im übrigen bleibt Art der Erhebung und Höhe der Beiträge den Agitationskommissionen überlassen. Alle eingehenden Beiträge sind durch die Agitationskommissionen an die Hauptkasse abzuführen und vierteljährlich zu verrechnen. Weiße betont, daß die angeführten hohen Lohnsätze sich nur vereinzelt finden. Die Unterstützung läuft von der zweiten Woche an und beträgt für männliche, vollberechtigte (mindestens 13 Wochen dem Verein angehörige) Mitglieder 10 M., für weibliche 6 M., für jedes Kind 75 Pf. pro Woche. Bei Arbeitsniederlegungen gegen Beschluß des Vorstandes wird keine Unterstützung aus Vereinsmitteln gewährt. Bei Unterlassung des Berichts ist der Vorstand berechtigt, die Unterstützung einzustellen. Die laufenden wie die restirenden Vereinsbeiträge werden an der Unterstützung gekürzt.

Nach Beendigung der Spezialdiskussion wird das ganze Reglement einstimmig angenommen. Es soll sofort veröffentlicht werden und für alle neu anzumeldenden Streiks gelten.

Es folgt die Berathung der Statuten und der dazu vorliegenden Anträge. Eine Generaldiskussion findet nicht statt. Es wird in namentlicher Abstimmung mit 43 gegen 5 Stimmen beschlossen, den Beitrag für männliche Mitglieder auf 20, für weibliche auf 10 Pf. pro Woche zu erhöhen, für jugendliche Arbeiter auf 10 Pf. festzusetzen. In der Diskussion wurde die Nothwendigkeit erhöhter und einheitlicher Beiträge betont, andererseits hervorgehoben, daß zahlreiche Mitgliedschaften selbst den jetzigen Beitrag von 15 beziehungsweise 5 Pf. nur sehr unvollkommen abliefern. Die Beseitigung der bestehenden Extrasteuern (30 Pf. Zeitungssteuer, 10 Pf. Delegirtensteuer pro Quartal) wurde ebenfalls beschlossen. Zum Unterstützungswesen werden einige Aenderungen beschlossen; Mitgliedern lokaler oder ausländischer Vereine sollen die für diese geleisteten Beiträge auf die Karenzzeit angerechnet werden. Die Mindestmitgliederzahl für Gründung einer Zahlstelle wurde auf 15 erhöht. Der dritte besoldete Beamte soll im Vorstand nur berathende Stimme haben. Eine Ersatzwahl hat der Ausschuß vorzunehmen. Eine größere Anzahl Anträge wurden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Nachmittags-Sitzung.

Eine Reihe weiterer Anträge zu den Statuten werden theils angenommen, theils durch Uebergang zur Tagesordnung abgethan. Ein Antrag, die Generalversammlung alle drei (bisher zwei) Jahre abzuhalten, wird abgelehnt, ebenso nach längerer Verhandlung alle Anträge auf Abänderung des jetzt bestehenden Vertretungs- und Stimmenverhältnisses (1 Del. auf 300 Mitgl.).

Das von der Kommission entworfene Statut der Arbeitslosen- und Krankenzuschuß-Versicherung wird von Bock vorgetragen und kurz begründet. Es bestimmt die fakultative Krankenzuschuß- und Arbeitslosen-Versicherung für alle Vereinsmitglieder mit zwei Versicherungsklassen und einer von dem Hauptvorstand zu verwaltenden Zentralkasse. Nach kurzer Debatte, in der Kölle den Entwurf als zu komplizirt bekämpft, wird derselbe mit 29 gegen 18 Stimmen bei einer Enthaltung anngenommen. Auf Antrag Simon wird beschlossen, daß bereits bestehende Versicherungen mit Aktiven und Passiven ohne Karenzzeit sich der Versicherungskasse anschließen können. Urner erklärt, falls dieser Antrag früher vorgelegen hätte, würden mehr Delegirte für den Entwurf gestimmt haben.

Das Statut soll mit dem abgeänderten Vereinsstatut am 1. Juli in kraft treten.

Bei dem Punkte: Allgemeine Anträge werden die Anträge, die den besoldeten Vereinsbeamten Nebenerwerb untersagen wollen, abgelehnt. Der Gehalt wird für Vorsitzenden und Kassirer mit 27 gegen 10, für den Hilfsbeamten mit 22 gegen 18 Stimmen von 1200 auf 1500 M. erhöht.

Es wird beschlossen, den Agitationskommissionen die Veranstaltung von Erhebungen über die Lage der weiblichen Kollegen zu übertragen.

Ein Antrag Köln-Nippes: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu beauftragen, auf Abschaffung oder doch möglichste Einschränkung der Zuchthausarbeit hinzuwirken, wird gleich mehreren anderen durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Ein Antrag der Berliner Delegirten, die Diäten der Delegirten auf 6 M. zu bemessen, wird von Weber mit den großen

Opfern der in der Bewegung stehenden Arbeiter begründet, von anderen mit Hinweis auf die Familien der Verheiratheten bekämpft. Der Satz wird wie bisher auf 8 M. festgestellt.

Ein Antrag eines wegen Streikbruchs ausgeschlossenen Berliner Kollegen Krause auf Wiederaufnahme in den Verein wird von den Berliner Delegirten bekämpft und der Mitgliedschaft Berlin zur Erledigung überwiesen.

Nowack-Berlin bringt das Preisausschreiben, das der Unternehmer-Verband betreffs Regelung des Arbeitsnachweises „im Interesse des sozialen Friedens" erlassen hat, zur Sprache. Bock und Siebert seien in dem Zirkular, das vollständig vom Unternehmer-Standpunkt aus die Frage behandelt und den Arbeitern die Schuld an der Beunruhigung der Industrie zuschreibt, als Preisrichter aufgeführt.

Bock und Siebert erklären, sie hätten das Preisrichteramt angenommen, um vor dem Gericht den Arbeiterstandpunkt zu vertreten. Von dem Zirkular war ihnen nichts bekannt, und sie werden den Sachverhalt sofort öffentlich klarstellen.

Simon: Siebert und Bock haben ihm erklärt, daß sie diesem Aufruf ihre Unterschrift nicht würden gegeben haben. Im übrigen sei er für Vereinbarungen mit den Unternehmervereinigungen, wie sie in England und in Dänemark (wo alljährlich der Lohn für das ganze Land vereinbart werde) bestehen.

Weber bemerkt, Bock hätte sich in seinem Vertrauen auf die Ehrlichkeit der Unternehmer getäuscht. Den Preis hätten die Berliner Arbeiter durch ihre bescheidenen, aber von den Unternehmern abgelehnten Anträge bezüglich des Arbeitsnachweises verdient. Die Berliner sind durch die Erklärungen befriedigt.

Als Sitz des Vorstandes wird Nürnberg, des Ausschusses Erfurt bestimmt; der Ort der nächsten Generalversammlung der Bestimmung des Vorstandes und des Ausschusses überlassen.

Bei der Wahl der Beamten werden Siebert als Vorsitzender mit 44, Reuß als Kassirer mit 45, Kynast als Hilfsbeamter mit 36 Stimmen; Simon wird als Vorsitzender des Ausschusses wiedergewählt.

Nach Abschiedsworten des Delegirten Reimann namens der Mainzer Kollegen, des Genossen Kazenstein namens der Mainzer Parteigenossen schließt Kölle die Generalversammlung mit einem Hinblick auf ihre Thätigkeit, die diesmal von besonderer Wichtigkeit war.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Die Sammelliste Nr. 235 für den Dispositionsfonds der Kupferschmiede Berlins ist verloren gegangen; dieselbe war leer. Der Finder wird gebeten, dieselbe an den Vertrauensmann der Kupferschmiede C. Fritz, Swinemünderstr. 83, v. 3 Tr., abzuliefern.

Deutsches Reich.

Generalversammlung des Verbandes deutscher Berg- und Hüttenarbeiter. Wir werden ersucht, mitzutheilen, daß in dem Bericht des Verbandsvorstandes die Abonnentenzahl des sächsischen Bergarbeiter-Fachblattes „Glückauf!" überhaupt nicht erwähnt wurde, sondern daß die Zahl 1300 (die dieser Tage Gegenstand einer Berichtigung im „Vorwärts" war) sich auf die Verbandsmitglieder in Sachsen bezieht, die den „Glückauf!" halten.

Zum Streik am Piesberge wird der „Germania" mitgetheilt, daß die Situation im wesentlichen unverändert ist. Die vom „Berliner Lokal-Anzeiger" verbreitete Depesche, in der behauptet wurde, der Streik sei im Erlöschen begriffen, ist vollkommen unrichtig. In den Hauptbetrieben streiken 8—900 Leute, der Hochofenbetrieb ruht gänzlich und am Piesberge im Kohlenwerk und im Steinbruch ist der Betrieb, in dem gegen 1400 Arbeiter beschäftigt waren, eingestellt.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Leitern des christlichen Bergarbeiter-Verbandes haben dazu geführt, daß Herr Brust gegen die Zurückweisung, die er von dem Pfarrer Weber erhielt, folgende Gegenerklärung veröffentlichte:

Erklärung:

Die publizirte Erklärung des Herrn Lic. Weber-M.-Gladbach ist lediglich eine Privatäußerung dieses Herrn, der seit der letzten gemeinsamen Sitzung außer jeder Verbindung mit mir stand, über die Verhältnisse nicht aus eigener persönlicher Wahrnehmung urtheilt, sondern nach Informationen, die dem Herrn, wie ich weiß, lediglich von der Georgs-Marienhütte ertheilt werden. Daß diese Informationen nicht zuverlässig sind, drückt Herr Lic. Weber selbst aus, indem er schreibt, daß ihm mein Auftreten in direktem Widerspruch mit dem 2c. 2c. zu stehen scheint. Mein Auftreten deckt sich voll und ganz mit den Beschlüssen unseres Vorstandes und den Satzungen unseres Vereins, wonach es Aufgabe und Zweck des Vereins ist, die sozialen und wirthschaftlichen Interessen seiner Mitglieder zu wahren und zu fördern, nicht aber die erworbenen und garantirten Rechte der Arbeiter ohne weiteres preiszugeben u. s. w.

Aug. Brust,
Vorsitzender des Gewerkvereins christl. Bergarbeiter.

Den Standpunkt des Pfarrers Weber nimmt der Ehrenrath des Vereins ein und der von Brust angegriffene Pfarrer Weber verweist um zur Bekräftigung seines Standpunktes auf den § 2 des christlichen Vereinsstatuts, in dem es heißt: Anbahnung und Erhaltung einer friedlichen Uebereinkunft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Wie leicht zu begreifen, will deshalb der Pfarrer nichts vom Streik wissen und tadelt außerdem die heftigen Angriffe, die Brust gegen die Bergwerksverwaltung gerichtet hatte, sowie seine Aufforderung zum Ausstand. Dieser Konflikt zeigt recht deutlich, wie doch bei aller unterthäniger Gesinnung der aus den Kreisen der Arbeiter hervortretende Führer, wenn er nicht jedes Mitgefühl mit seinen ehemaligen Berufsgenossen erstickt hat, von der Empörung über die Behandlung seiner Berufsgenossen mit fortgerissen, zum Widerstand anfeuern muß und von dem phrasenreichen Beschwichtigungsschwall eines evangelischen Pfarrers, der nur immer zur stillen Duldung und Gehorsamkeit gegen die geheiligten Institutionen des Kapitalismus auffordert, schließlich keine Rettung seiner bedrängten Berufsgenossen erblicken kann. Für die christliche Gewerkschaftsbewegung ist der Konflikt recht bezeichnend, es zeigt sich, daß die großen Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit nicht durch Friedensapostel wegdisputirt werden können, sondern thatkräftiges Handeln erfordern.

Wie gemeldet wird, billigte der Aufsichtsrath des Georgs-Marien-Bergwerks- und Hütten-Vereins in allen Punkten das bisherige Vorgehen und Verhalten des Vorstandes. Er erachtete es ferner im Interesse des Gesammtunternehmens für unbedingt geboten, daß, nachdem der Vorstand vergeblich gegenüber den Forderungen der Arbeiter ein bis an die Grenze des Zulässigen reichendes Entgegenkommen bethätigt habe, nunmehr jedes erneuerte Zugeständniß auszuschließen sei.

In Krefeld befinden sich 50 Weber von der Firma Scheibler im Ausstand. Die Arbeiter verlangen den alten Lohnsatz weiter gezahlt, während die Firma Abzüge vorgenommen hat.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Tuttlingen wurden die Kandidaten der vereinigten Gewerkschaften einstimmig gewählt.

In der Krimmitschauer Maschinenfabrik droht eine neue Arbeitseinstellung. Die Direktion hatte den Arbeitern eine Lohnzulage versprochen, infolge dessen die Arbeit wieder aufgenommen worden war. Wie sie aber ihr Versprechen gehalten, beweist das Lohnresultat am letzten Zahlungstage. Einzelne haben bis zu 25 pCt. weniger bekommen als vor dem Streik. Der Zuzug von Metallarbeitern aller Branchen nach Krimmitschau ist deshalb streng zu vermeiden.

Der Streik der Bauarbeiter und Maurer in Nordhausen dauert fort, da eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Der Gewerbeinspektor Niemeyer aus Mühlhausen hat bereits zum zweiten Male in Sachen des Streiks zu vermitteln gesucht und der Bürgermeister Lemcke hatte sich bereit erklärt, eine Einigung herbeiführen zu helfen. Der augenblickliche Stand des Lohnkampfes ist als ein für die Arbeiter günstiger zu bezeichnen. Der Streik der Dachdecker ist vorläufig beigelegt. Es wurden 33 Pf. Stundenlohn und 10stündige Arbeitszeit zugebilligt. Sobald die Maurer die Forderung von 35 Pf. durchsetzen, sollen die Dachdecker dieselbe auch erhalten.

Wegen Lohndifferenzen haben die Schmiede und Stellmacher in der Wagenfabrik von Paperick in Leipzig ihr Arbeitsverhältniß gekündigt. Da der Herr Paperick in verschiedenen Blättern inserirt, um Arbeitskräfte zu erhalten, so mögen die Arbeiter darauf acht geben, daß der Zuzug fern gehalten wird.

Die Former der Firma Schwade u. Cie. in Erfurt befinden sich wegen Lohndifferenzen im Streik. Es wird gebeten, den Zuzug fernzuhalten.

Der Maurerstreik in Naumburg dauert fort. Von den 161 Ausständigen ist ein Drittel abgereist. Die als Ersatz angeworbenen Italiener sollen in dem Parterre des ohne Dach stehenden Neubaues des Kadettenhauses einlogirt worden sein und von der Garnisonverwaltung Decken geliefert bekommen haben. Die Polizeiverwaltung und der Kreisphysikus Gleitsmann hätten auf das Gesuch, den Neubau des Kadettenhauses zu inspiziren und die von seiten der Streikenden angegebenen Uebelstände abzustellen, abweisend geantwortet; die Polizeiverwaltung hätte erklärt, sie fände keinen Grund, das Wohnen in dem Neubau zu untersagen, und der Kreisphysikus halte sich nicht für berechtigt, in fremdes Eigenthum einzudringen. Die Streikenden, die schon früher eine Beschwerde an den Reichstag beschlossen haben, werden sich nun auch an das Kriegsministerium mit einer Eingabe wenden.

Der Tischlerstreik in Gotha dauert unverändert fort. Die Meister bemühen sich, von auswärts Arbeitskräfte heranzuziehen, haben aber bisher keinen Erfolg zu verzeichnen.

Der Streik der Schieferdecker ist beendet, da sämmtliche Meister bewilligt haben.

Der Zimmererstreik im Thüringer Wald umfaßt jetzt 200 Ausständige, von denen 100 abgereist sind. Er erstreckt sich auf Ohrdruf, Gräfenhain, Krawinkel, Hohenkirchen, Georgenthal, Waltershausen, Kabarz und Tabarz. Ein gütlicher Ausgleich der Differenzen ist bisher von den Unternehmern schroff abgelehnt worden.

Die Tapezirer werden gebeten, den Zuzug nach München auch ferner zu meiden, da zu befürchten ist, daß die Unternehmer Maßregelungen eintreten lassen.

In Königshütte hatten am Mittwoch, den 13. und Donnerstag, den 14. d. M. die Stellmacher der Waggonfabrik in der dortigen Hütte wegen einer Lohnherabsetzung gestreikt. Sie hielten fest zusammen und haben so schon nach zwei Tagen die Lohnherabsetzung abgewehrt.

Ausland.

In Marienbad steht eine größere Bauarbeiter-Bewegung bevor. Die Maurer und Zimmerer, die in diesem theuren Kurorte einen unverhältnißmäßig niedrigen Lohn erhalten, haben folgende Forderungen gestellt: Minimallohn für Maurer und Zimmerer 1 fl. 80 kr. per Tag, im Winter 1 fl. 40 kr.; Tagelöhner im Sommer 1 fl. 20 kr., im Winter 1 fl. 10 kr., Tagelöhnerinnen im Sommer 80 kr., im Winter 70 kr. Dauer der Arbeitszeit von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends, inklusive der Ruhepausen von zwei Stunden. Beseitigung der Akkordarbeit und endlich Abschaffung der Baubuden. — Diese Forderungen sind von den Meistern und der Stadtgemeinde nur zum Theil bewilligt worden. Die Arbeiter beschlossen, die Forderungen in vollem Umfange aufrecht zu erhalten und eventuell die Arbeit niederzulegen.

Aus Triest wird vom 18. d. M. gemeldet: Der für heute geplant gewesene Generalstreik der Lloyd-Arsenal-Arbeiter, welcher zum Zweck haben sollte, den Forderungen der seit längerer Zeit streikenden Gießer Nachdruck zu verleihen, unterblieb infolge neuer Verhandlungen, die morgen zum Abschluß gelangen dürften.

Die Delegirten-Versammlung des schweizerischen Metallarbeiter-Verbandes, die von 38 Delegirten aus 18 Orten besucht war, lehnte die Errichtung eines ständigen Sekretariats sowie die Herausgabe eines eigenen Fachblattes ab und beschloß, mit dem Verbande der Maschinenindustriellen in Unterhandlungen zu treten behufs Freigabe des Sonnabend-Nachmittags. Als Vorort wurde, da Zürich eine Wiederwahl ablehnte, Bern gewählt.

Sollen die dänischen Arbeiter-Organisationen vernichtet werden? Der große dänische „Arbeitgeberverband vom Jahre 1896" hat in einer Versammlung vom 13. April den Beschluß gefaßt, dem Vorstand der „vereinigten Fachvereine" mitzutheilen, daß in bezug auf einige zur Zeit schwebende Differenzen in einigen Betrieben die Arbeiter sich den vom Verein aufgestellten Bedingungen zu fügen haben, andernfalls der Arbeitgeber-Verein „die äußersten Mittel anwenden würde, die zu seiner Verfügung stehen, um so schnell wie möglich geordnete Arbeitsverhältnisse einzuführen." — Es handelt sich um vier Streitpunkte, die dem Arbeitgeber-Verein zu diesem Vorgehen Veranlassung gegeben haben: 1. Die Maler in Kopenhagen streiken, weil sie einen 9stündigen Arbeitstag haben wollen. Die Meister haben bereits einen $9\frac{1}{2}$stündigen vorgeschlagen, nun fordert der Arbeitgeberverein Festhalten am 10stündigen! 2. Konflikt in einigen Fabriken der Eisenindustrie, in dem sich beide Parteien beschuldigen, die letzte Vereinbarung gebrochen zu haben. Hier wird Wiederaufnahme der Arbeit und dann erst Einsetzung eines Schiedsgerichts verlangt. 3. Konflikt im Tischlerfach. Die Meister und Gesellen waren über den Preiskourant bereits einig, da kommt plötzlich die Forderung des zehnstündigen Arbeitstages, obwohl bisher nur $9\frac{1}{2}$ Stunden gearbeitet wurde. 4. Konflikt bei den Fuhrleuten. Diese und die Kutscher waren bereits einig, jetzt wird auf Ordre des Arbeitgebervereins der Vergleich verworfen, es soll unter den alten Bedingungen weiter gearbeitet werden (zehnstündiger Arbeitstag).

Hierzu kommen Aeußerungen in der dem Arbeitgeber-Verein nahestehenden Presse, wonach dieser Verein es durchführen will, daß nirgends unter eine 10stündige Arbeitszeit hinuntergegangen werden darf, andernfalls man zu dem Mittel der „allgemeinen großen Aussperrung" schreiten würde; indem alle Betriebe des Arbeitgeber-Vereins die Arbeit einstellen würden. Es besteht in der liberalen dänischen Presse fast nur eine Stimme darüber, daß der Arbeitgeberverein seine Kräfte mit den Arbeiterorganisationen messen will und eine Gelegenheit dazu an den Haaren herbeizieht. Sicher gilt der Kampf nichts geringerem, als der Vernichtung der Arbeiterorganisationen, wenn der Arbeitgeberverein dazu stark genug ist.

Zum Kohlenarbeiterstreik in Süd-Wales wird dem „Standard" aus Cardiff berichtet, daß eine lange Dauer des Konflikts zu befürchten sei. Das Komitee der Bergarbeiter will dem nächsten Delegirtentag vorschlagen, zu beschließen, daß die fortarbeitenden Bergleute des Kohlengebietes, denen die Lohnerhöhung bewilligt ist, die Streikenden mit 20 pCt. ihres Wochenlohnes zu unterstützen haben. Außerdem sollen Abgeordnete nach den übrigen Kohlengebieten Großbritanniens, sowie nach dem Kontinent und nach Amerika entsandt werden, um für die Streikenden zu wirken. Im gleichen Sinne ist ein Zirkular an die Bevölkerung von Süd-Wales erlassen worden — Der Mangel an Kohlen dürfte bald die ganze Industrie — namentlich die Weißblech-Fabrikation — des Gebietes lahm legen. Zwischen dem Parlamentsmitgliede Thomas, Besitzer der Clydach Vale Kohlenbergwerke, und seinen Leuten ist trotz mehrfacher Verhandlungen eine Einigung nicht erzielt worden.

Der „Frankf. Ztg." wird aus London unterm 15. April u. a. geschrieben: Zum näheren Verständniß des Kohlenarbeiter-Streiks in Wales dient der Umstand, daß die Streikenden in zwei Parteien geschieden sind: die eine Partei hält an der gleitenden Lohnskala fest und will sie nur modifizirt haben, während die andere, gegenwärtig stärkere, Partei die Beseitigung der gleitenden Lohnskala verlangt und einen Minimallohn fordert. Die erstere Partei erkennt den Abgeordneten W. Abraham (Mabon), den langjährigen ersten Vertreter der Arbeiter im Lohnsatz-Komitee als ihren Führer an, und sie ist auch willens, den Delegirten die nöthige Vollmacht zu ertheilen, um mit dem Ausschusse des Verbandes der Kohlengrubenbesitzer zu verhandeln. Die Delegirten der anderen Partei verlangen selbst keine Vollmacht für sich, weil die Unternehmer erklärt haben, über die Forderung des Minimallohnes gar nicht verhandeln zu wollen. Aus dem Zahlenergebniß der auf der gestrigen Versammlung der Delegirten in Cardiff vorgenommenen Wahl des Vorsitzenden ersieht man, daß die erstere Partei nicht an Stärke gewonnen, sondern eher verloren hat: W. Abraham erhielt 56 Stimmen, während 68 Stimmen J. Williams zufielen. Eine Woche vorher hatte Abraham 78 und Williams 87 Stimmen erhalten. Die Ertheilung der Vollmacht an die Delegirten wurde gestern sogar mit 68 gegen 42 Stimmen abgelehnt. Eine Beendigung des Streiks würde vielleicht eintreten, wenn die beiden Parteien der Arbeiter sich ganz von einander trennen, und die erstere auf der Basis der gleitenden Lohnskala mit dem Unternehmerverbande verhandelt. Zu solchen Verhandlungen wäre der letztere geneigt, und der Streik wäre dann vorläufig zu einem guten Theile beendet. Der Verband ist auf alle Fälle entschlossen, den Kampf durchzuführen: er repräsentirt 85 pCt. der gesammten Kohlenförderung von Südwales und Monmouthshire, und ungefähr eine Viertelmillion Pfund Sterling steht ihm zur Verfügung, womit er den Schaden ersetzen kann, welcher seinen Mitgliedern aus dem Streik erwächst. Dagegen haben die nicht assoziirten Kohlengrubenbesitzer, die zusammen 15 pCt. der etwa 750 000 Tonnen wöchentlich betragenden Produktion repräsentiren, ihren Arbeitern eine Lohnerhöhung bewilligt, und deren Gruben sind seit heute wieder im Betriebe. Doch dies allein wird den Fortgang des Streikes nicht hindern, ebensowenig wie die Thatsache, daß die Delegirten von etwa 4000 Arbeitern der Gruben von Dowlais gestern ihre Unzufriedenheit mit dem Verhalten der Delegirten in Cardiff ausgedrückt haben und die Arbeiter von Dowlais um Vollmacht dafür ersuchen wollen, mit den Unternehmern zu verhandeln. Doch kann man hierin vielleicht einen Fingerzeig sehen, welches Ende der Streik früher oder später nehmen wird. Eine längere Dauer des Streiks in Wales kann insofern weitere Folgen haben, als die Kohlengrubenarbeiter in anderen Bezirken Großbritanniens infolge desselben höhere Lohnforderungen stellen. In den schottischen Distrikten von Airdrie, Bathgate, Slamannan, Falkirk und Ayrshire haben die Arbeiter 6 Pence Lohnerhöhung zugestanden bekommen. Die Arbeiter von Fifeshire haben 25 pCt. Lohnerhöhung verlangt, sie aber nicht erhalten. In Lanarkshire streiken die Arbeiter, weil ihnen die bewilligte Lohnerhöhung von 6 Pence pro Tage nicht genügt. Nur in vereinzelten Gruben wird in Lanarkshire noch gearbeitet. Der Sekretär des schottischen Bergarbeiter-Bundes hat eine Delegirtenversammlung der Bergarbeiter von Lanarkshire, Ayrshire, Fifeshire und den Lothians auf heute in Glasgow zusammenberufen, welche über die Frage der höheren Lohnforderungen berathen soll.

* * *

Ein Telegramm von Cardiff vom 18. meldet: Eine Versammlung der Bergarbeiter von Wales entschied sich mit großer Mehrheit gegen die Fortdauer der gleitenden Lohnskala und beschloß einstimmig, von den Unternehmern eine sofortige Lohnerhöhung um 10 pCt. zu fordern.

Soziales.

Eine für den Schutz der Bauarbeiter wie des Publikums sehr wichtige Maßregel hat der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten getroffen. Vor einiger Zeit ist die noch nicht vollendete, abgebundene Rüstung eines größeren Neubaues infolge des heftigen Winddrucks umgestürzt und dadurch nicht nur ein bedeutender Schaden an Material, sondern auch der Tod eines Menschen herbeigeführt worden. Die angestellte Untersuchung hat ergeben, daß die Rüstung zwar vorschriftsmäßig abgebunden, aber, namentlich im Hinblick auf ihre Ausdehnung und Höhe, nicht genügend durch geeignete Maßnahmen gegen die Einwirkung des stark wehenden Windes gesichert war. Der Minister hat deshalb bestimmt, daß die Standfestigkeit verbundener Gerüste von mehr als 10 Meter Höhe gegen Winddruck fortan durch staatische Berechnung nachzuweisen ist und die Gerüste nöthigenfalls durch Verankerung und Versteifung gegen Umkippen zu sichern sind. Zugleich ist Anweisung gegeben, daß die Durchführung dieser Bestimmungen gehörig zu überwachen ist.

Der Jahresbericht des Gewerbegerichts in Kiel zeigt einen Rückgang der Prozesse um ca. $16\frac{1}{2}$ pCt. Im Jahre 1896 waren 498 Klagen anhängig, im Jahre 1897 nur 412. Der Bericht erblickt die Ursache des Rückganges darin, „daß durch die nun schon mehrjährige konstante Rechtsprechung der Gewerbeberichte immer mehr Klarheit über die gegenseitigen Rechte und Pflichten und über die einschlägigen gesetzlichen Vorschriften, insbesondere der Gewerbe-Ordnung in die betheiligten Kreise hineingetragen ist". Geklagt haben in 405 Fällen die Arbeiter gegen Unternehmer und in 7 Fällen letztere gegen erstere. Die Gesammtzahl der berufungsfähigen, d. h. einen Streitgegenstand von über 100 M. Werth betreffenden Prozesse betrug 21, während nur in 3 Fällen Berufung eingelegt wurde. Als Einigungsamt ist das Gewerbegericht einmal im Tischlerstreik, angerufen worden; die Vereinbarung zwischen den Parteien kam zu stande.

Aus Oberschlesien wird uns geschrieben: In Dorotheendorf bei Zabrze hat Krupp in Essen eine vierzig Morgen große Fläche angekauft, auf der er eine Fabrik errichten will. Maßgebend für diese Neuanlage sind ihm wahrscheinlich erstens die Billigkeit und die Willigkeit der oberschlesischen Arbeiter, zweitens die Nähe der russischen Grenze. Hiesige Hütten exportiren sehr stark nach Rußland, z. B. die Bismarckhütte drei Viertel ihrer gesammten Produktion. Hoffentlich zieht Krupp's Neuanlage auch tüchtige Arbeiter aus Deutschland heran, die etwas geistiges Licht in dieser finsteren Ecke verbreiten.

In oberschlesischen Zeitungen fordert der Zentrumsmann Szmula die Interessenten auf, ihm zu berichten, wie groß in den einzelnen Kreisen der ländliche Arbeitermangel ist. Dem guten Manne fehlt also noch das Material für seine Interpellation, die er schon längst eingebracht hat. Wie wird übrigens die Qualität des von Interessenten beschafften Materials sein? Selbst behördliches Material kann in dieser Frage nur mangelhaft sein.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Geestemünde, 18. April. (W. T. B.). Nach hier eingegangener Meldung ist der hiesige Fischdampfer „Präsident Herwig" bei der Insel Island untergegangen. Vermuthlich ist die Besatzung, bestehend aus 13 Mann, ertrunken.

London, 18. April. (W. T. B.) Unterhaus. James Lowther fragt an, ob angesichts des anscheinend bevorstehenden Krieges zwischen zwei England befreundeten Staaten die Regierung sofortige Schritte beabsichtige, um den britischen Unterthanen die Verpflichtung strikter Neutralität ans Herz zu legen. Balfour erwiderte namens der Regierung, es sei allgemein Uebung, mit derartigen Verkündigungen bis zum Ausbruch der Feindseligkeiten zu warten, und er sehe keinen Grund, von dieser Gepflogenheit abzuweichen.

Washington, 18. April. (W. T. B.) Das Repräsentantenhaus nahm mit 179 gegen 155 Stimmen den Antrag Dingley an, der die Zustimmung des Hauses zu den Resolutionen des Senats ausspricht mit einem Amendement, wodurch die Klausel zu gunsten der Anerkennung der kubanischen Unabhängigkeit gestrichen wird.

Washington, 18. April. (W. T. B.) Der Senat lehnte das von dem Repräsentantenhaus zu der Resolution des Senats beschlossene Amendement ab. Des weiteren verwarf der Senat mit 43 gegen 34 Stimmen den Antrag auf Abhaltung einer gemeinschaftlichen Sitzung beider Häuser.

New-York, 18. April. Wie eine Depesche der „Evening Wooll" aus Caracas meldet, wurde der frühere Präsident Crespo am Sonnabend bei einem Zusammenstoß mit Aufständischen, welche von dem unterlegenen Präsidentschafts-Kandidaten Hernandez geführt wurden, getödtet.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Generalversammlung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Göttingen, den 16. April.

Die Statutenberathungen werden am heutigen Verhandlungstag fortgesetzt. Der Sitz des Vorstandes bleibt in Stuttgart. Die Aufnahme einer Statistik wird zur Beschlußfassung dem nächsten Verbandstag überwiesen, jedoch soll der Vorstand je nach Wunsch und Bedürfniß Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse für einzelne Branchen im Verband vornehmen.

Verschiedene aus dem Plenum angeregte Wünsche bezüglich der Agitation und Eintheilung der Agitationsbezirke fanden sodann ihre Erledigung. Beschlossen wurde, eine Agitationsbroschüre auf Kosten des Verbandes drucken zu lassen und den Mitgliedern zuzustellen.

Eine Anfrage, welche Stellung der Verband gegenüber den städtischen Arbeitsnachweisen einzunehmen habe, gab zu einer längeren Debatte Veranlassung. Eine bestimmte Stellungnahme wurde von den verschiedenen Rednern nicht gewünscht; je nach den örtlichen Verhältnissen müsse seitens der am Orte befindlichen Gewerkschaften Stellung genommen werden. Nachdem noch Berlin als Sitz des Ausschusses bestimmt worden, wurden die Wahlen der besoldeten Vorstandsbeamten vorgenommen. Gewählt wurde als 1. Vorsitzender R. Kloß, als 2. Vorsitzender Leipart, als Kassirer Bohne und als Sekretär, eine Stellung, die durch das Statut neu geschaffen wurde, Schneegaß-Erfurt. Der Vorsitzende Kloß gab hierauf einen Ueberblick über die Arbeiten des Verbandstages; er ersucht, für die Durchführung der gefaßten Beschlüsse, wenn auch in einzelnen Fragen die Meinungen auseinandergingen, mit Energie einzutreten, damit die Arbeiten des Verbandstages zum Nutzen des Verbandes beitragen mögen. Er schließt den Verbandstag mit einem Hoch auf das Gedeihen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Kongreß der Tarifgemeinschaftsgegner unter den Buchdruckern. Während der Osterfeiertage hielten die Gegner der Tarifgemeinschaft, die bekanntlich gegen den alten Verband eine besondere Organisation ins Leben gerufen haben, in Halle einen Kongreß ab.

Anwesend waren 50 Theilnehmer aus Berlin, Leipzig, Hamburg, Bremen, Geestemünde, Bant-Wilhelmshaven, München, Dresden, Hannover, Magdeburg, Stettin, Halberstadt, Plauen, Gießen, Kassel, Iserlohn, Düsseldorf, Erfurt, Burgstädt und Halle.

Gasch-Leipzig, der Redakteur der „Buchdrucker-Wacht", berichtete über den Stand der Opposition. Wie es vorher gesagt, könnten die momentanen günstigen Geschäftskonjunkturen durch den fünfjährigen Tarifvertrag nicht ausgenützt werden. Die Existenzbedingungen vertheuerten sich, der Lohn bleibe derselbe geringe. Deßgleichen habe die Vorherrschaft, die man den Prinzipalen eingeräumt, den Gehilfen schon eine Menge moralischer und materieller Niederlagen zugeführt. Die Opposition habe trotzdem infolge der einschläfernden Wirksamkeit der Verbandsorgane und der Drangsalirungen, sowie der durch die Opposition geforderten finanziellen Opfer eher ab- als zugenommen. Darum mußte, um das Ziel zu erreichen, eine neue Organisation für die Tarifgemeinschaftsgegner ins Leben gerufen werden, als Rückenhalt und Kampfmittel. Man solle nun die Rückschrittler ungehindert ihren Krebsgang laufen lassen, damit sie vor der Oeffentlichkeit zeigen, wes Geistes Kinder sie sind.

Die folgenden Redner berichten über die Lage an den einzelnen Orten. Von Friedensangeboten wollen sämmtliche Redner nichts wissen.

Nach beendeter Diskussion wird auf Antrag Herbert-Stettin beschlossen, einen Aufruf an die deutschen Buchdrucker zu erlassen, den Kampf für eine Organisation aufzunehmen, welche die freie Bethätigung jeder Gesinnung garantirt.

Zum Redakteur der „Buchdrucker-Wacht" wird nach allseitiger Anerkennung der Schreibweise Gasch-Leipzig wiedergewählt, obwohl er um Entbindung von dem Posten bat.

Dem Kongreß schloß sich am Ostermontag die Generalversammlung der Gewerkschaft der Buchdrucker, Schriftgießer und verwandten Berufsgenossen an. Gewerkschaftsvorsitzender Pollender berichtete, daß die Gewerkschaft gegenwärtig 220 Mitglieder zähle. Von mehreren Rednern, so auch von Herbert-Stettin, wurde gegen die Redaktion des „Vorwärts" der Vorwurf erhoben, daß sie der neuen Gewerkschaftsgründung nicht genügend Unterstützung angedeihen lasse.

Kassirer Opitz-Leipzig giebt den Rechenschaftsbericht. Die Gesammteinnahme vom 30. Oktober 1897 bis Anfang April 1898 betrage 2569,25 M., die Ausgaben 1200,05 M., Bestand 1369,20 M.

Der „Buchdrucker-Wacht" werden 200 M. Subvention gewährt. In das Zentralkomitee werden gewählt: Pollender, Kunath, Seidel, Opitz, Eulenstein, Lehmann, Ilge.

Die Generalversammlung spricht sodann der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands über ihr Verhalten zu den Tarifgemeinschaftsgegnern ein Tadelsvotum aus und beschließt, der Generalkommission beizutreten. Zum Schluß wurde eine Protestresolution gegen das Rundschreiben des Grafen v. Posadowsky angenommen.

Lokales.

Ueber den Verbrennungsofen der Stadt Berlin schreibt die „Flamme". Die günstigen Resultate, welche die Probeverbrennungen von Körperresten in dem Schneider'schen Ofen ergeben hatten, sind bei den folgenden Verbrennungen bei weitem übertroffen worden. So sind am 25. März fünf Kisten mit einem Inhalt von je zirka zwei Zentnern verbrannt worden und haben durchschnittlich eine Verbrennungsdauer von einer Stunde, die letzte Kiste sogar nur eine solche von 45 Minuten beansprucht. Die dritte Verbrennung fand am 7. April mit gleich günstigen Erfolgen statt. Es waren neun Kisten mit ca. 18 Zentnern Weichtheilen vorhanden, sie wurden, trotzdem die Verbrennung erst gegen Mittag begann, noch am selben Tage zur Vernichtung gebracht. Die Schwierigkeit der Einäscherung ist bei diesen aus dreiviertelzölligem Holz gefertigten Kisten, welches durch seinen Inhalt außerdem stark durchfeuchtet ist, viel größer als bei in dünnen trockenen Holz- oder Zinksärgen ruhenden Leichen. Nach Aussagen von Sachverständigen wird die Verbrennung von achtzehn Zentnern Eingeweiden und Weichtheilen ungefähr derjenigen von fünfundzwanzig normalen Leichen entsprechen. Wiederholte Versuche, zwei Kisten (vier Zentner Inhalt) mit einem Mal zu verbrennen, hatten denselben überraschenden Erfolg; die Vernichtungsfrist währte bei diesem doppelten Quantum nur 1¼ Stunde. Die Aschenreste sind ganz minimale, das Einführen des Verbrennungsobjektes in den Ofen dauert eine Minute; wenn der Ofen genügend angewärmt ist, was ca. fünf Stunden in Anspruch nimmt, erfordert jede einzelne Verbrennung nur einen Zentner Koaks im Durchschnittspreis von 1 M. Es war interessant zu beobachten, daß, während der Schornstein des Verbrennungsofens trotz der anhaltenden Feuerung keine Spur von Rauch zeigte, was auf die sehr geschickt angelegte Heizvorrichtung zurückzuführen ist, der einer benachbarten Brauerei dickschwarzen Qualm emporsandte. Wie wir hören, beabsichtigen die städtischen Behörden, hervorragende Männer der Medizin und der Gesundheitspflege zur Besichtigung der Anstalt und Beiwohnung einer Verbrennung einzuladen. Mitglieder des kaiserlichen Gesundheitsamtes haben ihr Erscheinen bereits zugesagt. — Dank der Orthodoxie ist bekanntlich in Preußen die Feuerbestattung nicht zugelassen.

Submission und Innungswesen. Die siebente Stadtbau-Inspektion vergab kürzlich die Reparatur-Pflasterarbeiten für das Etatsjahr 1898/99. Die abgegebenen Offerten bewegten sich zwischen 29 105 M. (Steinsetzermeister Riedel) und 59 190 M. (Steinsetzermeister Wickel). Der Obermeister der Berliner Steinsetzer-Innung hatte das zweitniedrigste Gebot (29 948 M.) abgegeben. Betheiligt waren im ganzen zwölf Firmen, alles Innungsmeister. Die Berliner Steinsetzer-Innung ist sozusagen im Besitze des Vorrechtes auf die Berliner städtischen Arbeiten und hätte es also in der Hand, die gerade von den Zünftlern am meisten betonten Auswüchse des Submissionswesens zu beseitigen. Wie der mitgetheilte Fall zeigt, sind die Innungsmeister dazu aber am allerwenigsten befähigt. Was werden erst für Zustände kommen, wenn die Regierung den Zünftlern alle ihre Forderungen bewilligt haben wird?

Das neueste vom Verhältniß Wilhelm II. zur Kunst. Im „Berl. Tagebl." lesen wir: Schon kurz wurde gemeldet, daß der Kaiser in Wiesbaden sowohl den Maler Röchling wie den Dichter des „Burggrafen" Joseph Lauff empfangen habe. Des näheren vermeldet darüber der „Rh. C.": Der Kaiser gab dem bekannten Schlachtenmaler Röchling zwei eigenhändig gezeichnete größere Skizzen von der Schlacht bei Leuthen, den Moment darstellend, wo der Angriff auf den Kirchhof erfolgte. Die Skizzen enthalten genaue historische Angaben über die betheiligten Regimenter, Offiziere und Orte. Röchling machte an Ort und Stelle selbst photographische Aufnahmen, und außerdem stehen ihm Originalpläne der Schlacht aus dem Staatsarchiv zur Verfügung. Der Künstler hat seine eigenen Skizzen bereits vollendet, und daraufhin wurde ihm vom Kaiser der Auftrag für zwei Gemälde ertheilt. — Joseph Lauff, der während der Kaiservorstellungen wiederum in Wiesbaden weilt, ist augenblicklich mit dem Entwurfe einer Trilogie beschäftigt, die gleichsam als Fortsetzung des „Burggrafen" gedacht ist und drei weitere große Abschnitte aus der Geschichte des hohenzollernschen Herrschergeschlechts zur Grundlage hat. Die drei Fürstengestalten Friedrich II. Eisenzahn, der Große Kurfürst und der große König Friedrich sollen im Vordergrunde der einzelnen Dramen stehen. Der Entwurf zu dem ersten Drama „Der Eisenzahn" ist bereits vollendet und soll auch schon das Einverständniß des Kaisers gefunden haben. Joseph Lauff gedenkt es noch in diesem Jahre fertig zu stellen, und die nächsten Wiesbadener Kaiserfestspiele werden voraussichtlich die Premiere des Werkes bringen.

Uns ist nicht bekannt, ob der Maler Röchling sich zur Malkunst ebenso stellt, wie der Artilleriehauptmann Lauff zur Dichtkunst.

Die hiesige Vegetarier-Vereinigung veranstaltete am Sonntag im großen Saale der Ressource eine „Kinderschau", wie eine solche bisher nur in Amerika zu sehen war. An einem gedeckten Tische hatten einige 30 Kinder der Obstbau-Kolonie „Eden" bei Oranienburg platzgenommen. Es waren dies Knaben und Mädchen im Alter von 1—6 Jahren, deren blühende Gesichter Zeugniß davon ablegten, daß man unter Umständen auch ohne Fleisch auf der „besten der Welten" leben könne. Schriftsteller Schirrmeister hielt dem aus etwa 800 Personen bestehenden Publikum eine längere Rede, in welcher er die Vorzüge des Vegetarismus hervorhob. Allzuviel Leute werden durch solche Demonstrationen kaum von der Meinung bekehrt sein, daß Schabefleisch, Milch und Eier auch für das Babyvolk ihren großen Nutzen haben und daß leider allzuviele Kinder elend zu grunde gehen müssen, weil ihre Eltern ihnen trotz angestrengten Arbeitens keine genügende animalische Nahrung zuführen können.

Ein guter Rath, der nur schwer zu befolgen ist. Der Polizeipräsident giebt bekannt: Mit Rücksicht auf die seit einiger Zeit sich häufenden Verunglückungen kleiner Kinder, die unbeaufsichtigt auf der Straße spielen, erscheint es angezeigt, die Mütter vor der Gefahr zu warnen, der ihre Kleinen dadurch ausgesetzt sind. Am Sonnabend wurden fünf Fälle bei der Polizei gemeldet, in denen Kinder von drei bis fünf Jahren durch Wagen überfahren wurden, ohne daß den Kutschern ein Vorwurf gemacht werden kann. Nach Angabe von Augenzeugen waren die theils ungenügend, theils gar nicht beaufsichtigten Kinder beim Spielen unter die Gefährte gelaufen, ehe die Kutscher anhalten konnten. Bei einem dieser Fälle erlitt der Sohn eines am Grünen Weg wohnenden Arbeiters schwere Knochenbrüche, die anderen Fälle sind glücklicherweise leichter abgelaufen.

So lange die göttliche Weltordnung, die gegen die Sozialdemokratie mit allen Mitteln vertheidigt werden muß, es bedingt, daß die Arbeiterfrau aus der Familie herausgerissen wird, um für den Kapitalisten Mehrwerth zu schaffen, so lange werden auch polizeiliche Warnungen dieser Art in den Wind gesprochen sein. Wo ist der Unternehmer, der in Rücksicht auf das Leben von Arbeiterkindern auf die billige weibliche Arbeitskraft verzichtet und den männlichen Arbeiter so entlohnt, daß die Proletarierfrau sich ihrer Familie widmen kann?

Eine Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung findet in dieser Woche nicht statt.

Die Borsigmühle wird voraussichtlich nicht wieder aufgebaut, sondern auf dem Terrain die neue Uferstraße angelegt werden. Die Mühle war bekanntlich von der Firma Borsig an die Dampfmühlen-Aktien-Gesellschaft verpachtet. Es hatte sich nun zwischen der Firma Borsig und der Aktien-Gesellschaft ein Streit entsponnen, weil die Firma Borsig den Wiederaufbau der abgebrannten Mühle ablehnte. Beide Theile wandten sich infolge dessen an vertragsmäßig vorgesehene Schiedsrichter, wozu Geh. Justizrath Wilke und Justizrath Alexander Katz gewählt wurden. Nachdem die Schiedsrichter Beweisaufnahme durch Sachverständige beschlossen hatten, kam ein Vergleich zu stande, welcher die Firma Borsig von der Nothwendigkeit des Wiederaufbaues befreite.

Der Forderung nach Einführung des Befähigungsnachweises im öffentlichen Fuhrwesen wollen jetzt die maßgebenden Kreise der Stadtverwaltung näher treten. Geplant ist hier seit langer Zeit schon die Errichtung von Fahrschulen, deren erfolgreiche Benutzung zur Vorbedingung für die Ertheilung des Fahrscheines gemacht werden soll. Ein Ausschuß der Gewerbedeputation des Magistrats hat für Sonnabend, den 23. April, eine größere Zahl von Fuhrherren, u. a. den Obermeister der Fuhrwerksinnung, Beck, und den Rittmeister v. Plötz, eine Autorität auf dem Gebiete des Fuhrwesens, zu einer gutachtlichen Besprechung eingeladen.

Der häufig beobachtete Unfug halberwachsener Radfahrer, unmittelbar vor den Straßenbahnen über die Schienen zu fahren, hätte gestern dem sechzehnjährigen Schüler Quiecke aus Charlottenburg beinahe ernsten Schaden zugezogen. Der junge Mensch versuchte dieses Kunststück in der Skalitzerstraße vor einem in voller Fahrt und in gleicher Richtung mit ihm sich bewegenden Motorwagen der elektrischen Bahn. Dabei blieb das Vorderrad seines Rades anscheinend in der Straßenbahnschiene hängen, er wurde von dem Schutzblech des Vorderperrons erfaßt und etwa 15 Schritt weit geschleift, ehe der Wagen zum Halten gebracht werden konnte. Der junge Mann konnte sich zwar bald wieder erheben, klagte jedoch über Schmerzen im Rücken; glücklicherweise scheint er keine ernsten Verletzungen erlitten zu haben.

Zu dem Lustmord in der Hasenhaide ist zu berichten, daß der vermißte Unterrock mit den dem Körper der Ermordeten entnommenen Fleischtheilen in einem mit Wasser gefüllten Laufgraben auf dem Tempelhofer Felde in der Nähe des Einganges zum Garnisonkirchhof gefunden worden ist. Ein Herr ging am Sonntag Vormittag gegen 10 Uhr an dieser Stelle in Begleitung eines Hundes vorüber und wurde durch das auffällige Verhalten seines Thieres auf den Graben aufmerksam gemacht. Die sofort verständigte Polizei ließ durch zwei Feuerwehrleute mittels Standrohrs das Wasser aus dem Tümpel entfernen, wobei die erwähnten Sachen sowie in der Nähe derselben ein Stück Seife aufgefunden wurden. Ob dieses von dem Thäter, der sich jedenfalls an dem Wassertümpel gereinigt, zurückgelassen ist, bedarf noch der Feststellung. Die Ermittelungen in der Mordsache selbst haben bisher zu einem Resultat noch nicht geführt. Eine in der gestrigen Sonnabend-Nacht in umfassender Weise in der Hasenhaide vorgenommene Razzia sowie die Beobachtung der Tanzlokale der Hasenhaide und in Rixdorf hatten ebenfalls kein Ergebniß. Die Polizei hat Ermittelungen nach einem Schlächtergesellen mit dem Vornamen Emil angestellt, der bei einem Schlächtermeister namens Lindemann in Stellung gewesen sein soll und mit der ermordeten G. eine Zeit lang Verkehr hielt. Es fanden gestern Vernehmungen bei den in Berlin wohnenden Schlächtermeistern Lindemann statt, und ein in der Oppelnerstraße wohnender Meister dieses Namens vermochte auch Angaben über die gesuchte Persönlichkeit zu machen. Dieser ist jedoch weder mit Hilfe der Arbeitsnachweise, noch durch Verfolg der von ihm innegehabten Stellen zu ermitteln gewesen. Nach Angabe eines Schlächtermeisters soll sich Emil seit einigen Wochen außerhalb in Stellung befinden.

Ueber die gerichtliche Sezirung der Leiche der ermordeten Louise Günther ist zu berichten, daß dieselbe am Sonnabend nachmittags 2 Uhr durch Sanitätsrath Dr. Mittenzweig und Medizinalrath Dr. Long vollzogen worden ist. Die Sektion hat ergeben, daß der Mord nur entfernte Aehnlichkeit mit dem der Hedwig Nitsche in der Holzmarktgasse hat, denn es fehlten nicht innere, sondern nur äußere Theile an der Leiche. Als Todesursache ist Erstickung konstatirt worden und zwar ist aus der Breite der Strangulationsmarken am Halse der Schluß zu ziehen, daß die Erdrosselung mit Hilfe eines Kleidungsstückes vollbracht worden ist.

Die Ermordung der Louise Günther in der Hasenhaide dürfte, so schreibt ein Gerichtsberichterstatter, wahrscheinlich dazu führen, daß die Grenzen zwischen den Kompetenzbezirken der Berliner Landgerichte I und II, die sich seit einigen Jahren in strafrechtlicher Beziehung einigermaßen verwischt haben, wieder in voller Klarheit hergestellt werden. Zur Kompetenz des Landgerichts I gehört alles, was zum Berliner Stadtbezirk gehört, alles, was innerhalb des Berliner Weichbildes liegt. Was darüber hinaus liegt, gehört zum Kompetenzbezirk des Landgerichts II. Nun ist aber vor einigen Jahren ein neues Polizeigesetz erlassen worden, welches zu großen Mißständen geführt hat. Die Hand der Berliner Kriminalpolizei, die schon damals — nicht nur in letzter Zeit — eine recht unglückliche war, wurde durch das neue Gesetz auch auf die Vororte ausgedehnt. Damit wurde eine gewisse Gegnerschaft zwischen den Berliner Kriminalbeamten und denen der Vororte geschaffen. Bezeichnend ist, daß am Landgericht I seit 15 Jahren nicht eine einzige Hinrichtung stattgefunden hat, beim Landgericht II dagegen mehr als ein Dutzend. Und merkwürdig ist es, daß bei allen in den Vororten vorgekommenen Morden, die ihre Sühne nicht gefunden haben, mit ein oder höchstens zwei Ausnahmen die Berliner Kriminalpolizei mit ihrer nicht vom Glück begünstigten Hand die Recherchen leitete und die örtlichen Sicherheitsorgane zurückdrängte, denen ebenso reiche Personalkenntniß wie ausgedehnte Verbindung zur Seite stand, während die Berliner Kriminalpolizei mit einem großen Ueberfluß von Kräften die Spuren verwischte und nur Verwirrung in die Untersuchung trage mußte. (Siehe Fall Schweichel u. a.) Da aber nun einmal die Gewalt der Berliner Kriminalpolizei auf eine Reihe von Vororten ausgedehnt ist, werden in allen einschlägigen Fällen die Berliner Beamten mit den Recherchen beauftragt, und diese sind wiederum — was bei Unter- und Subalternbeamten erklärlich ist — der Meinung, daß alles, was zu ihrer Kompetenz gehört, oder wohin sie dirigirt werden, auch zur Kompetenz des Landgerichts I. gehört. Dieses Gericht ist ein Berliner Gericht, sie selbst sind Berliner Beamte, füglich gehören sie ihrer Meinung nach zusammen. Auch im Günther'schen Falle hat dieser Irrthum zu Kollisionen geführt. Die Staatsanwaltschaften beider Landgerichte haben beide in der Günther'schen Sache gearbeitet, beide haben in derselber Sache Verfügungen und Anordnungen erlassen, ohne Kenntniß davon zu haben, daß sie mit einander rivalisiren, bis dieser Zustand auffällig wurde und beide Staatsanwaltschaften sich dahin verständigten, daß die Staatsanwaltschaft I die Untersuchung führe, während der Thatort doch im Kompetenzbezirk des Landgerichts II liegt und zwar auf dem stumpfen Winkel, mit welchem das Tempelhofer Gebiet, auf welchem auch der alte Hofjäger lag, dessen Terrain jetzt bebaut wird bezw. bebaut worden ist, in das Gebiet der Stadt Berlin hineinragt. Es ist zu erwarten, daß durch genaue Festsetzung der Grenzen zwischen der Kompetenz beider Gerichte ähnlichen Kollisionen in Zukunft vorgebeugt wird.

Ein betrübender Fall von religiösem Wahnsinn wird aus der Brandenburgstraße 52 berichtet. Schon vor einigen Monaten meldeten wir, daß die in diesem Hause wohnende Hebamme Frau Wiemer sich mehrfach in letzter Stunde geweigert hatte, Frauen zu entbinden, wenn diese oder deren Männer die von der Hebamme gestellten Fragen, ob sie sozialdemokratisch oder atheistisch dächten, bejaht hatten. Glücklicherweise ist durch das wunderliche Gebahren der Frau keinerlei ernsthafter Schaden angerichtet worden. Seit einiger Zeit wurde Frau Wiemer, die ihre Frömmigkeit in immer auffälligerer Form zur Schau trug, von der Behörde beobachtet. Am Sonntag Vormittag 9 Uhr ließ die Polizei die Unglückliche als offenbar geisteskrank im Kopp'schen Krankenwagen einer Irrenanstalt zuführen.

Zur Affäre Grünenthal. Ein hiesiges Blatt will wissen, daß Grünenthal bei seinem Banknoten-Diebstahl mit einem gefälschten Siegel operirt hat. Bekanntlich hatte es Gr. verstanden, sich in den Besitz des Schlüssels zu dem Tresor zu setzen, in dem sich die „makulirten" Scheine befanden. Diese waren in Packete zu 100 Stück verpackt und von Oberbeamten der Reichsdruckerei versiegelt. Grünenthal hat nun mehrere Packete geöffnet, daraus eine größere Anzahl Scheine entnommen, dann die Packete wieder verpackt und mit dem nachgemachten Siegel verschlossen. Bei der Vernichtung der „makulirten" Scheine wußte Grünenthal es so einzurichten, daß er die vor der Verbrennung nochmals erfolgende Zählung selbst ausführte, wobei er dann natürlich falsch zählte.

Ein Steuergenie, dem der Finanzminister Beachtung schenken dürfte, steckt offenbar in zwei Männern, die zur Zeit die hiesigen Blumengeschäfte brandschatzen. Den Inhabern der Blumenläden ist es nämlich gestattet, auf grund einer polizeilich abgestempelten Erlaubnißkarte, der sogen. „gelben Karte", vor ihren Läden Topfgewächse, Lorbeerbäume und andere Blattpflanzen aufzustellen, ohne daß sie für den auf diese Weise benutzten Raum bisher irgend welche Entschädigung zu zahlen hatten. Seit kurzem erscheinen nun fast täglich in den einzelnen Blumengeschäften zwei Männer und zeigen Quittungen vor, welche mit der gedruckten Unterschrift des bekannten Stättegeldpächters H. Krüger versehen und auf denen Beträge für die Benutzung des bezeichneten Platzes vor dem Laden vermerkt sind. Auf die Antwort der Geschäftsinhaber, daß sie dafür noch nie etwas gezahlt hätten, wird ihnen dann von den Leuten erklärt, daß Herr Krüger neuerdings vom Magistrat die Berechtigung erhalten habe, auch für diese Plätze „Stättegeld" zu erheben. Von vielen Geschäftsinhabern sind denn auch die verlangten 2,50 M. bis 5 M. als Monatsmiethe für den Raum gezahlt, da die beiden Leute im Weigerungsfalle mit sofortiger Klage zu drohen pflegten. Bald stellte sich jedoch heraus, daß die Sache auf Schwindel beruht, und die Unterschrift des Stättegeld-Pächters gefälscht ist, da derselbe nicht berechtigt ist, einen derartigen Betrag zu erheben. Seitens der Polizei wird bereits eifrig auf die beiden Schwindler gefahndet, doch ist es bis jetzt noch nicht gelungen, derselben habhaft zu werden.

Adreßbuch-Nachtrag 1898 erschienen. Der Nachtrag zum diesjährigen Adreßbuch gelangt von heute ab zur Ausgabe. Das Buch wird allen Besitzern des Jahrgangs 1898 in der Haupt-Expedition des „Berliner Lokal-Anzeiger", SW., Zimmerstraße 39/41, und in dessen sämmtlichen Filial-Expeditionen bis Ende Mai cr. unentgeltlich verabfolgt.

Der pensionirte Oberbrandmeister Nossl, ein in weiten Kreisen der Berliner Bevölkerung bekannter und geachteter Mann ist gestern Vormittag gestorben. Er war Mitbegründer der Berliner Feuerwehr und hat die mannigfachen Wandlungen derselben mit durchlebe, da er ihr 34 Jahre angehörte.

Der wegen der Brandstiftung in der Badstraße festgenommene Kellner Wenzel, welcher bei seinen fortgesetzten Vernehmungen dabei bleibt, daß er zu der Brandlegung von seiner Tante, der Sarghändlerin Radtke, angestiftet worden sei, will nur den letzt entdeckten Brand angelegt haben. Nach seiner Erklärung dürfte seine Tante ihn deswegen nur zu der Brandstiftung überredet haben, damit der in Haft befindliche Onkel entlastet werde. Die Polizei sollte dadurch, daß trotz der Verhaftung des R. die Brandstiftungen fortdauern, zu dem Glauben veranlaßt werden, daß der Urheber der früheren Brände sich noch in Freiheit befände.

Durch Leuchtgas wurden in der Nacht zum Sonntag zwei alte Damen vergiftet. Im dritten Stock des Vorderhauses Göbenstraße 30 wohnte die aus Sommerfeld gebürtige, 71 Jahre alte Wittwe Thekla Gericke mit ihrer 68 Jahre alten Schwester Adelheid. Am Sonnabend wurde in dem Hause eine Gasröhre gelegt. Bereits am Abend nahm man in dem Hause einen Gasgeruch wahr, der sich jedoch bald wieder verlor. Gestern Morgen aber nahm man den Geruch noch stärker in allen Stockwerken wahr. Der Hauswirth, Kaufmann Webers, der im zweiten Stock wohnt, untersuchte die Leitung, konnte aber keinen Schaden finden. Als die beiden Damen sich bis Mittag nicht sehen ließen, schöpfte man Verdacht und öffnete die Wohnung. Diese war mit Gas ganz angefüllt. Ein Zischen zeigte, daß der Schaden in der Leitung hier liegen mußte, und man fand denn auch bald einen Rohrbruch, aus dem das Gas in großer Menge ausströmte. Die beiden Damen waren erstickt. Die eine lag entkleidet im Bette, die andere halb angezogen vor ihrem Bette. Ein Arzt, der schleunigst gerufen wurde, konnte sie nicht mehr retten.

Im Laboratorium des Chemikers Alves in der Jüdenstraße entstand am Sonnabend eine Explosion, durch welche der Raum erheblich verwüstet und Alves leicht verletzt wurde. Er hatte eine Flasche, die angeblich mit Versandfluid zum Tränken von Glühkörpern gefüllt war, zerschlagen. Die hierbei entstehenden Gase entzündeten sich an der Flamme des offenstehenden Ofens.

In Hildesheim hat die 33jährige, aus Berlin gebürtige Schauspielerin Elsa Prittwitz, die sich zum Antritt eines neuen Engagements am dortigen Sommertheater dorthin begeben hatte, Selbstmord verübt. Die Ursache scheint Liebeskummer gewesen zu sein. Der Familienname der Schauspielerin war Dittmar.

Aus dem Zuge gestürzt. Am Sonnabend Abend nach 9 Uhr wurde auf der Stadtbahnstrecke zwischen den Stationen Jannowitzbrücke und Alexanderplatz der Ziegeleibesitzer Wendt aus Mittenwalde aufgefunden. Er gab an, beim Schließen eines Abtheilfensters aus dem Zuge gestürzt zu sein, wobei ihm drei Finger der linken Hand durch Ueberfahren abgetrennt wurden.

Ueber das südliche und mittlere Japan hielt Herr Dr. Kronecker in der Urania einen anregenden Vortrag. Der Redner hat das ferne Inselreich im Jahre 1895 bereist und suchte nun sowohl in zahlreichen hübschen Photographien wie auch durch die Macht seiner gewandten Rede ein Bild von Land und Leuten wiederzugeben. Die politische Bedeutung, welche Japan erlangt hat, ist nach dem Vortragenden den inneren Streitigkeiten zuzuschreiben, welche das Volk bis vor einem Menschenalter erregten und es zu kriegerischer Gewandtheit wie zur Aufnahme der europäischen Kultur gestählt haben. Im bunten Wechsel der Bilder stellte Herr Dr. Kronecker dann das öffentliche und interne Leben der Japaner dar, die sich als Muster von Intelligenz, Fleiß und liebenswürdiger Anstelligkeit zu erkennen gaben. Auch die Naturschönheiten des interessanten Landes wurden in dem Vortrage nach Gebühr gewürdigt; erinnerte die südliche Küste an Italien und namentlich an Neapel, so wies der Charakter der nördlicheren Gegenden eine Aehnlichkeit mit dem deutschen Mittelgebirge und den Alpenländern auf. Das Publikum nahm den interessanten Vortrag mit lebhaftem Interesse auf.

Orgelkonzert. Fräulein Paula Lindemann, Fräulein Anna Sänger, Herr Karl Rachè und Herr R. Schwieselmann werden den Mittwoch, den 20. April, mittags 12 Uhr, in der Marienkirche bei freiem Eintritt stattfindenden Orgelvortrag von Otto Dienel unterstützen und Kompositionen von Bach, Händel, Stradella und Dienel ausführen. Herr Dienel spielt ein Orgelkonzert von Händel.

Feuerbericht. Sonnabend Abend 9 Uhr war Brombergerstraße 2 ein Küchenbrand abzulöschen. Kurz darauf brannte Potsdamerstr. 77a die Schaldecke. Ein Zimmerbrand rief die Wehr um 10 Uhr nach Klödenstr. 2. Möbel und Gardinen wurden hier eingeäschert. Sonntag früh 11 Uhr entstand Langestraße 9 in einer Tischlerei ein Schadenfeuer, das Regale, Nutzhölzer und den Fußboden zerstörte. Nachmittags 5 Uhr ging Köslinerstr. 20 ein Bett in Flammen auf. Abends 7 Uhr erfolgte Alarm nach Alexandrinenstraße 30, wo Gardinen und Möbel Feuer gefangen hatten. Aus gleichem Anlaß wurde die Wehr eine Stunde später nach Friedrich-Wilhelmstraße 17 gerufen. Hier erlitt auch das Haus erheblichen Schaden. Kurz nach 10 Uhr brannten Gitschinerstraße 30 ein größerer Posten Korksteine in einem Trockenraum. Da das Feuer reichliche Nahrung fand, dauerte die Löscharbeit über eine Stunde. Der Schaden ist beträchtlich. Montag früh 9 Uhr hatte Alexanderstr. 32 der Fußboden und die Balkenlage Feuer gefangen, das der Wehr viel Arbeit machte. Mittags 11 Uhr brannte Dreysestr. 13 der Fußboden unter der Kochmaschine. Dasselbe war um 4 Uhr nachmittags Chausseestr. 8 der Fall, auch wurde hier die Schaldecke stark angegriffen. Abends 7 Uhr wurde die Wehr nach Forsterstr. 7 gerufen, wo Möbel und Gardinen in Flammen standen.

Aus den Nachbarorten.

Pankow. Den Parteigenossen am Orte, sowie den Mitgliedern des Arbeiter-Bildungsvereins im besonderen theilen wir mit, daß die Beerdigung unseres Parteigenossen Kaulich, über dessen trauriges Ende der „Vorwärts" am Sonnabend berichtete, heute, Dienstag, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle am Kommunikationsweg in Pankow aus erfolgt. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß unserem Genossen ein zahlreiches Grabgeleite zu theil wird.

Dumme Kerle. Während die freisinnigen Blätter der Hauptstadt sich mit der Macht und Bedeutung, welche die Sozialdemokratie im öffentlichen Leben des deutschen Volkes ausübt, so gut und gescheidt als möglich abzufinden suchen, spukt es in einigen liberalen Blättchen der Umgegend noch arg von doktrinärer Rückständigkeit. Das ist um so thörichter, als gerade in den Wahlkreisen um Berlin herum der Liberalismus bis auf verschwindende Spuren sein Ansehen eingebüßt hat und sich in die Thatsache fügen muß, daß der sozialdemokratisch gesinnten Mehrheit der Wählerschaft eine Minderheit durchaus reaktionärer, volksfeindlicher Natur gegenüber steht. Nur zur Charakteristik des Vororts-Liberalismus, und nicht, weil ihm irgend welche größere Bedeutung beizulegen wäre, nehmen wir hiermit von einem Artikel Notiz, den das „alleinige amtliche Organ" von Charlottenburg, die „Neue Zeit" über die Sozialdemokratie bringt. Es findet sich in dem Leiter der selbst von Herrn Eugen Richter nicht mehr angewandte Unsinn, daß die in Preußen-Deutschland ausgeübte Reaktion nur die Folge der Sozialdemokratie sei und daß die Sozialdemokratie daher, wenn sie wirklich nicht der Reaktion Vorschub leisten wolle, abdanken und dem — Liberalismus das Feld überlassen müsse. Darüber, daß die Sozialdemokratie diesen Rath nicht befolgen will, und obendrein das Volk darauf aufmerksam macht, daß das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht in den Liberalen nur laue Freunde hat, ist das Blättchen so furchtbar wüthend, daß es wie ein Rohrsperling über unsere Partei herzieht. Vielleicht wäre es für den Liberalismus nicht ganz ohne Nutzen, wenn irgend ein untergeordneter Berliner Freisinnsmann den Blättchen der Nachbarschaft, die derart unklug ihrer eigenen Sache den Rest geben, zu bedeuten suchte, daß man wenigstens zur Wahlzeit keine ganz groben Dummheiten drucken lassen darf.

Aus Rixdorf. Der Polizei gelang es, eine Diebesbande festzunehmen, welche in letzter Zeit hier sowohl wie in Berlin zahlreiche Einbruchsdiebstähle verübte, zuletzt den von uns gemeldeten in dem Waarenhaus Lefevre u. Raphael in der Hermannstraße. Die gestohlenen Waarenposten versetzten die Diebe, meist halbwüchsige Burschen, bei Pfandleihern in Rixdorf und Berlin, wobei sie sich durch falsche Papiere legitimirten. In der Mariannenstraße in Berlin hat die Einbrecherbande kürzlich ein Schuhwaarenlager ausgeräumt; soweit ihnen die gestohlenen Stiefel nicht selbst paßten, wurden dieselben billig verkauft oder verschenkt. Bisher wurden 7 männliche und eine weibliche Person verhaftet. — Von seinem eigenen Vater wurde am Sonnabend der 13jährige Arbeitsbursche Franz K. der Polizei zugeführt. Derselbe wird beschuldigt, sich in schwerer Weise gegen ein kleines Mädchen vergangen zu haben. — Zwei Berliner Jungen aus der Liegnitzer und Skalitzerstraße wurden Sonntag Nachmittag in der Hasenhaide beim Taschendiebstahl abgefaßt. — In der Hermannstraße fanden Personen eine große Zigarrenkiste, welche die Leiche eines neugeborenen Kindes enthielt. — Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich in der Ziethenstraße. Die Frau des Arbeiters N. war in der Küche mit der Wäsche beschäftigt und hatte eine Wanne mit kochendem Wasser auf dem Fußboden zu stehen. Als die Frau für wenige Augenblicke die Küche verließ, stürzte ihr dreijähriges Söhnchen in die Wanne und erlitt so schwere Verbrühungen, daß es nach einem Krankenhause gebracht werden mußte. — Zu Delegirten der Arbeitnehmer der Allgemeinen Orts-Krankenkasse wurden gewählt die Dreher Karl Falbeck sowie die Schlosser Franz Krüger, Karl Brunke und Friedrich Waldow. — Die Einführung einer Biersteuer hat nunmehr auch unsere Nachbargemeinde Britz beschlossen. — Das neue katholische Gemeinde-Schulhaus in der Kopfstraße wurde am gestrigen Montag seiner Bestimmung übergeben.

Einen argen Unfug verübten in der Nacht zum Sonntag zahlreiche Studenten in der Berlinerstraße zu Charlottenburg zwischen der Wilmersdorfer- und der Kirchstraße namentlich durch Werfen mit Glasscherben und ähnlichen Gegenständen. Sicherheitsbeamte, die dazu kamen, versuchten vergeblich, die Radaubrüder durch gütliches Zureden zu bewegen, den Unfug zu unterlassen und ruhig nach Hause zu gehen. Als mit Güte nichts zu erreichen war, mußten die Beamten andere Saiten aufziehen und die Lärmenden, die sie beim Unfug unmittelbar ertappten, nach der Wache bringen. Nun verlangten auch die übrigen, die nicht sistirt waren, Zutritt zur Wache und suchten ihrem Unmuth darüber, daß man sie zurückwies, durch fortgesetztes Ziehen der Glocke Luft zu machen. Sie trieben es so stark, daß der Befehlshaber der Wache einen Posten vor die Thür stellen mußte, um dem Unfug ein Ende zu machen. Der Posten hatte noch mindestens eine Stunde lang mit den Radaulustigen zu thun. Auch drinnen auf der Wache sollen sich einige der Burschen derartig benommen haben, daß man sie in die Isolirzellen sperren mußte. Obwohl die Polizei nicht gerade selten mit derartigen Ausschreitungen „gebildeter" junger Leute zu thun hat, bewies sie eine Langmuth, wie man sie sonst selten findet.

Gerichts-Zeitung.

Bismarck's „historische Größe" vor dem Disziplinargericht. Der Lehrer Walter hatte den Vorstand des Kriegervereins in Fürstenberg a. O. veranlaßt, den Polizeiwachtmeister Rossa bei seiner Behörde zu denunziren. Rossa wurde in eine Disziplinarstrafe von 30 M. genommen, die nach erfolgter Beschwerde vom Oberpräsidenten aufrecht erhalten wurde. Der Oberpräsident warf ihm unehrerbietige Aeußerungen über den Fürsten Bismarck vor und machte weiter zur Begründung der Strafe geltend, er habe sich anläßlich einer Sammlung für das Kyffhäuser-Denkmal Wilhelm I. ungebührlich ausgelassen. Es handelte sich um Vorgänge im Fürstenberger Kriegerverein. Herr Rossa klagte auf Aufhebung der Strafverfügung beim Ober-Verwaltungsgericht. Er bestritt, sich in der behaupteten Weise ausgelassen zu haben, und betonte, der Lehrer Walter habe ihm die ganze Geschichte aus persönlicher Gehässigkeit eingeführt. Das Ober-Verwaltungsgericht erhob Beweis und stellte folgendes fest: Rossa sprach sich im März 1895 im Kriegerverein dahin aus, daß die geplante Bismarckfeier mit der nächsten Mitgliederversammlung verbunden werde. Andere verlangten aber eine besondere Veranstaltung, wofür sie sich auf die Pflichten des Patriotismus beriefen. Rossa erwiderte, und das wurde als strafwürdig angerechnet, die Feier habe mit Patriotismus nichts zu thun; Bismarck habe eine Dotation erhalten und nicht mehr gethan wie jeder andere, Moltke sei ein ganz anderer Mann. In Sachen des Kyffhäuser Denkmals hatte sich Rossa im selben Verein dagegen gewandt, daß der Vorstand außer den regelmäßigen Beiträgen zum Denkmal aus eigener Machtvollkommenheit eine Extragabe von 70 M. bewilligt hatte. Hierbei waren ihm die Worte entfahren, der Staat verlange das nicht, es stellten sich aber Leute an die Spitze, die etwas erreichen wollten, und betrachteten alte Soldaten als Milchkuh. Präsident Persius verkündete nach längerer Berathung folgende Entscheidung: Die Worte des Klägers über Bismarck enthielten eine Herabwürdigung der mit der Begründung des Deutschen Reiches untrennbar verbundenen historischen Größe des Fürsten Bismarck. Damit bekunde R. einen Mangel an Taktgefühl oder Verständniß und ein Beamter büße dadurch an Achtung ein. Ein Beamter dürfe auch, wie es hier geschehen sei, das patriotische Empfinden anderer nicht verletzen, besonders aber nicht durch Aeußerungen in einem Verein, worin die Vaterlandsliebe besonders gepflegt werde. Durch seine Rede über das Kyffhäuserdenkmal sei R. insoweit über die Grenzen einer sachlichen Erörterung hinausgegangen, als er von Leuten gesprochen habe, die sich an die Spitze stellten und etwas erreichen wollten, und die dabei alte Soldaten als Milchkuh benützten. Das lasse sich nicht vereinbaren mit der Achtung und dem Ansehen, dessen der Beamte bedürfe. Zu berücksichtigen sei aber die Erregung des Mannes und weiter, daß er mehr, um dem Lehrer Walter gegenüber zu treten, gesprochen habe, als um sich überhaupt gegen die Bismarckfeier und gegen die Beitragsleistung für das Denkmal zu wenden. Die Worte über das Denkmal seien auch nicht so schlimm gewesen, wie der Oberpräsident angenommen habe. Unter diesen Umständen halte der Gerichtshof einen Verweis für ausreichend. Haben auch jene Beamten die mit der Begründung des Reiches verbundene historische Größe Bismarck's herabgewürdigt, welche bei verschiedenen Gelegenheiten sich im „Reichs-Anzeiger" gegen ihn wenden mußten?

Warum muß jeder Landarbeiter mit Ehrgefühl aus Ost-Elbien fliehen? Der amtliche „Anzeiger für Herrnstadt" (Schlesien) meldet in seiner Nr. 31 aus Winzig: Am 11. März d. J. waren Leute des Dominiums Klein-Wangern auf dem Bahnhofe, um Dünger zu holen. Dabei hatte sich der Ochsenknecht August Sch. verspätet; er war mit dem Füttern seiner Pflegebefohlenen nicht rechtzeitig fertig geworden und wurde nun dieserhalb ohne Rücksicht auf die Veranlassung vom Gutsherrn derart „blau angelassen", daß sich die Frau des Knechts nicht enthalten konnte, das Wort zur Vertheidigung zu ergreifen. Der Lieutenant Buse gebot ihr Schweigen, aber die alte Frau hat niemals in der Kompagniefront gestanden und besitzt vom „Ordrepariren" nicht genügend Ahnung; sie konnte sich nicht gleich beruhigen und erhielt deshalb eine Ohrfeige oder zwei, daß sich die kleine schwächliche Frau auf der Erde herumkugelte. Nun erhob ihr Ehemann Protest und ergriff einen großen Stein, um Herrn Buse zu werfen. Letzterer rückte indeß dem Knecht derart auf den Leib, daß diese Absicht nicht zur Ausführung gelangen konnte. Sch. und seine Frau kehrten nun, gefolgt vom Gutsherrn, ins Gesindehaus zurück. Daß er den Knecht dort gegen die Treppe geworfen, wie die Angeklagten behaupten, bestreitet Herr Buse; dagegen hat er gehört, daß Sch. oben in seiner Wohnung unter Geräthen herumwühlte und die Aeußerung that: „Wenn der .... die ..... noch nicht hält, dann kriegt er ein paar mit der Rodehacke!" Die Sache hatte ihr Nachspiel: Herr Buse machte Anzeige und der Knecht Sch. wurde wegen ruhestörenden Lärms, Beleidigung und Bedrohung zu 20 M. Geldstrafe event. 4 Tagen Haft, seine Frau wegen ruhestörenden Lärms zu 3 M. Geldstrafe event. 1 Tag Haft verurtheilt.

Wer erinnert sich beim Lesen dieses Gerichtsberichtes nicht des erschütternden Vorganges, den Fritz Reuter in seinem Gedicht „Kein Hüsung" schildert?

Es scheint übrigens nichts vereinzeltes zu sein, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen des Dominiums Klein-Wangern dem für das „Gesinde" bestehenden Ausnahmegesetz zum Opfer fallen. Ein weiterer Gerichtsbericht des Blattes meldet: „Die Magd Hulda F. hatte auch am Neujahr den Dienst auf dem Dominium Klein-Wangern angetreten; sie unterließ es angeblich wiederholt, den Hof zu kehren, und Herr Buse machte ihr deshalb Vorwürfe. Die Magd machte ihrer Erregung hierüber im Stalle in einer respektlosen Aeußerung über den Gutsherrn Luft und zog sich auf diese Weise eine Anklage wegen Ungehorsams und Beleidigung zu. Das Urtheil lautete auf 20 M. Geldstrafe event. 4 Tage Haft.

Der Landrath Freiherr v. Bodenhausen in Wittenberg fühlte sich in seiner königlich preußischen Amtswürde dadurch verletzt, daß ihn der Bauerngutsbesitzer Schulze aus Eutsch, der damals Gemeindeschöffe war, auf der Straße zweimal nicht gegrüßt hatte. Er bestellte deshalb nach vorheriger Rücksprache mit dem Regierungspräsidenten den Aktenkäter nach seinem Amtsbureau und rügte kraft seines Amtes das Vorgehen des Landwirthes. Hierbei sprach er auch von Flegelei. Nach seinen eigenen Angaben hat er die eigentliche Rüge mit den Worten eingeleitet: Ganz abgesehen davon, daß es eine Flegelei ist, jemanden nicht zu grüßen, den man kennt u. s. w. Herr Schulze fühlte sich durch diese Worte gekränkt und reichte gegen den Landrath die Beleidigungsklage ein. Nachdem das Landgericht die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen Freiherrn v. Bodenhausen beschlossen hatte, erhob die Regierung in Merseburg den Konflikt. Zu der Konfliktsverhandlung vor dem Ober-Verwaltungsgericht war der Landrath Freiherr von Bodenhausen persönlich erschienen. Er hob unter anderem hervor, daß er dem Privatkläger ja nicht direkt vorgeworfen habe, er habe eine Flegelei begangen. In einer Zuschrift behauptete Schulze, er habe den Landrath in beiden Fällen nicht gesehen. Das Ober-Verwaltungsgericht verwarf den Konflikt der Regierung als unbegründet und erkannte, daß dem strafgerichtlichen Verfahren gegen den Landrath Fortgang zu geben sei. Wenn der Landrath die Unterlassung eines Grußes dem Vorgesetzten gegenüber allgemein als Flegelei bezeichnete, dann habe der Privatkläger mit Rücksicht auf seinen Fall dies auf sich beziehen müssen und sich beleidigt fühlen können.

Eine bemerkenswerthe Entscheidung hinsichtlich des § 153 der Reichs-Gewerbe-Ordnung fällte am Sonnabend die 140. Abtheilung des Amtsgerichts I, vor welcher sich der Schuhmacher Wenzel wegen Gewerbevergehens zu verantworten hatte. Zur Zeit des allgemeinen Schuhmacherstreiks sollte in der Hinze'schen Schuhwaaren-Fabrik die Arbeitsordnung schriftlich fixirt werden. Die Arbeiter der Fabrik wollten sich diesem Verlangen nicht fügen, sondern legten die Arbeit nieder und traten in den Ausstand ein. Sobald das beschlossen war, begab sich der Angeklagte in den unteren Arbeitssaal, stellte den dort beschäftigten Mädchen und Arbeitern den Sachverhalt vor und legte ihnen ans Herz, sich ebenfalls dem Streik anzuschließen, da sonst unangenehme Folgen für sie eintreten könnten: sie würden nirgends Arbeit erhalten, und sollte in der Heinze'schen Fabrik die Arbeit wieder aufgenommen werden, so würden sie entlassen. — In der That ließen sich auch die Betreffenden bestimmen, die Arbeit niederzulegen. Gegen Wenzel aber wurde nach erfolgter Anzeige Anklage wegen Vergehens gegen die §§ 153, 152 der Reichs-Gewerbe-Ordnung erhoben. Vor dem Schöffengerichte bekundete der als Zeuge geladene Fabrikbesitzer, daß es sich bei jenen Verhandlungen mit den Schuhmachern nicht um eine materielle Aenderung der Arbeitsbedingungen gehandelt habe, sondern nur um eine Formalität, nämlich die schriftliche Fixirung der Arbeitsordnung, welche bereits seit lange Zeit — wenn auch ungeschrieben — bestand. Die streikenden Schuhmacher hätten sich nun gegen die Form der Fixirung wie überhaupt gegen diese selbst ausgesprochen. Der Staatsanwalt beantragte daraufhin Vertagung der Sache und Zurückgabe der Akten an die Staatsanwaltschaft, damit diese weitere Ermittelungen über die tieferen Gründe des Streiks anstellen könne. Diesem Antrag widersprach der Vertheidiger, Rechtsanwalt Löwenstein, auf das entschiedenste. Die Bekundungen des doch sicherlich in dieser Hinsicht klassischen Zeugen, des Fabrikbesitzers, genügten, um zu einer — für den Angeklagten günstigen — Entscheidung zu kommen. Der Thatbestand des § 153 der Reichs-Gewerbe-Ordnung liege nicht vor, da es sich bei dem streitigen Punkte um eine rein ideelle Forderung gehandelt habe, nicht aber um eine Vereinigung zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen; aber selbst wenn letzteres vom Gerichtshofe angenommen werden sollte, so enthalte doch die von dem Angeklagten gethane Aeußerung keine Drohung; er habe die Arbeiter nur auf etwaige üble Folgen aufmerksam gemacht, die eine Nichtbetheiligung am Streik für sie haben könnte, nicht aber selbst ihnen derartige Folgen angedroht; er habe sozusagen nur historisch berichtet. Aus allen diesen Gründen beantragte er die Freisprechung des Angeklagten. Der Gerichtshof schloß sich in allen Punkten den Ausführungen des Vertheidigers an, hielt weder den Thatbestand des § 153 der Reichs-Gewerbe-Ordnung für gegeben, noch eine Drohung im Sinne des Gesetzes für vorliegend und erkannte deshalb auf kostenlose Freisprechung des Angeklagten.

Bierpantscherei. Wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittel-Gesetz war gegen den Gastwirth Schumann ein Strafverfahren eingeleitet worden. Zwei seiner ehemaligen Hausdiener hatten bei der Polizei angezeigt, daß er das Tropf- und Abstrichbier, welches beim Verzapfen verloren gehe, sammeln und beim Abziehen des Weißbieres diesem zusetzen lasse. Der Angeklagte bestritt dies, die Gerichte nahmen jedoch als festgestellt an, daß die Reste des bayerischen Bieres in der behaupteten Weise verwandt worden seien. Sch. wurde in erster Instanz zu 50 M., in zweiter Instanz zu 25 M. Geldstrafe verurtheilt. Schöffengericht und Landgericht erblickten in jener Verwendung des Tropf- und Abstrichbieres eine Waarenfälschung im Sinne des § 10 Nr. 1 und 2 des Nahrungsmittel-Gesetzes. Für den Angeklagten legte dann R.-A. Leop. Meier beim Kammergericht Revision ein. Der Strafsenat wies gestern das Rechtsmittel als unbegründet zurück. § 10 Nr. 1 und 2 sei ohne Rechtsirrthum angewendet worden. Der Vorderrichter irre nicht, wenn er annehme, daß Weißbier durch die Vermischung mit Tropf- und Strichbier, das durch längeres Stehen schal geworden sei, verfälscht werde. Infolge des Zusatzes sinke das Weißbier in seinem Werthe unter die normale Beschaffenheit herab.

Versammlungen.

Die Zahlstellen von Berlin und Umgegend des Verbandes der Zimmerer Deutschlands hielten am Sonntag eine Generalversammlung ab. Zunächst erstattete Rickert den Kassenbericht für das 1. Quartal dieses Jahres, worauf ihm ohne Debatte Decharge ertheilt wurde. Dann berichtete Webers über den Verbandstag der Provinz Brandenburg. Die Versammlung erklärte sich mit der Haltung der Delegirten und dem Verlauf des Provinzialtages einverstanden. In die Agitations-Kommission wurden Webers, Rickert und Knüpfer gewählt. Ueber die Regelung der Unterstützung bei Arbeitseinstellungen referirte Kube. Er bemerkte, dieselbe mache sich von seiten des Verbandes nothwendig, nachdem ein Zusammengehen unter Leitung der Lohnkommission abgelehnt worden sei. Im weiteren betonte er, daß ein planloses Vorgehen in der Lohnbewegung durchaus vermieden werden müsse und eine Arbeitsniederlegung nur dann stattfinden dürfe, wenn man nach Prüfung der einschlägigen Verhältnisse dieselbe als

aussichtsvoll erkannt habe. Der Organisation müsse es überlassen bleiben, in Sachen der Lohnbewegung zu entscheiden. Der Redner empfahl folgende Resolution: Die Versammlung beschließt, auch in diesem Jahre überall da, wo sich die Möglichkeit bietet, für den Stundenlohn von sechzig Pfennig einzutreten. Alle Kameraden, welche aus diesem Grunde gegen den Unternehmer vorgehen wollen, sind verpflichtet, dem Verbandsbureau davon Mittheilung zu machen. An Unterstützung werden wöchentlich 12 M. auf die Dauer von drei Wochen gewährt, jedoch nur, wenn vorherige Anmeldung beim Bureau erfolgt ist. Nach längerer Debatte, die sich um die Taktik der Lohnbewegung drehte, wurde die Resolution mit dem Zusatz angenommen, daß für jedes Kind noch 1 M. extra zu zahlen ist. Bezüglich der Maifeier wurde beschlossen, in diesem Jahre von der Abhaltung einer Versammlung seitens der zentralorganisirten Zimmerer Abstand zu nehmen, da die Versammlung am Sonntag nicht den Charakter einer Demonstration trägt. Jedes Verbandsmitglied soll eine der vom Zentralvorstand ausgegebenen Maimarken zu 50 Pf. entnehmen. Als Bezirkskassirer für den Bezirk I wurde **Jänsch** und für Weißensee **Simon** gewählt.

Im Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter wurde in der Generalversammlung am 16. April die Berathung über das neue Vereinsstatut zu Ende geführt. Unter „Gewerkschaftlichem" beschweren sich die beiden Delegirten zum Kongreß der lokalorganisirten Gewerkschaften über den Bericht des „Vorwärts", der theilweise die wichtigsten Ausführungen der betreffenden Delegirten nicht gebracht habe.

Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur. Dienstag, den 19. April, abends 8½ Uhr, Ziegelstraße 10/11. Gruppe für ethische Bildung: Dr. med. Rawitz: Die ethische Bedeutung der Vivisektion. Diskussion.

Deutscher Senefelder Bund. Mitgliedschaft Berlin. Heute Abend 8 Uhr im Restaurant Cohn, Beuthstr. 21: Mitglieder-Versammlung und Vorstandssitzung.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll. Schriftliche Antwort wird nicht ertheilt.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Donnerstag und Freitag von 6 bis 7 Uhr abends statt.

Einsender des „Badischen Landesboten". Mit Herrn Hans Blum uns zu beschäftigen, scheint uns jetzt weniger denn je von nöthen.

N., Wittenberg. Wir haben Ihr Schreiben dem Radfahrer-Bund zugestellt.

M. K. Wir bringen die Mittheilungen des Wochen-Spielplans so, wie sie uns aus den Bureaus der Theater zugehen. Vielleicht beachten die Direktionen Ihre Anregung, daß durch die Presse allgemein auch schon die Nachmittags-Vorstellungen des kommenden Sonntags bekannt gegeben werden.

64 248. Wattenheim ist ein Dorf in der bayerischen Rheinpfalz, Bez.-Amt Frankenthal. Ein anderes Dorf desselben Namens ist in der hessischen Provinz Starkenburg.

B. H. VI. Wahlkreis. Entschieden verurtheilen ist doch zu stark. Die Geschäftsordnung des preußischen Abgeordnetenhauses bietet dem eingezeichneten Redner bedeutend mehr Garantien zu Worte zu kommen, als die Geschäftsordnung des Reichstages, bei der Angehörige kleinerer Parteien, wenn es dem Präsidenten belieben sollte, überhaupt nicht zu Worte kommen.

Köhler, botanischer Garten. Es genügt die einfache Mittheilung von der Entbindung unter Ueberreichung der Geburtsurkunde, also folgende Eingabe: Meine Frau ist in der Strafsache wider . . . . als Zeugin zum Termin vor (Bezeichnung des Gerichts und Angabe des Aktenzeichens) geladen worden. Ausweislich der anliegenden Geburtsurkunde, deren Rückgabe ich erbitte, ist meine Frau am 15. d. Mts. entbunden und kann daher nicht erscheinen.

M. B. Sie erhalten gegen Ihre Legitimation und Angabe des Zweckes bei der Bibliotheksbenutzung im Ausleihezimmer eine Karte zum Besuch der Lesesäle. Zum Ausleihen der Bücher nach Hause bedarf es eines hohen Beamten oder Universitätslehrers, der für Sie gutsteht.

R. R. 30. 1. Sie haben nur für die Scheiben Ersatz zu leisten, die während Ihrer Miethszeit beschädigt sind. 2. Der Vertrag hat Giltigkeit. — **Ahlemann 64.** Die Ansicht, daß eine Verpflichtung zur Alimentenzahlung aufhöre, wenn das Mädchen es ablehnt, sich mit dem Vater ihres Kindes zu verheirathen, ist durchaus irrig. Als Vater hat der Betreffende zu zahlen. Die Vaterschaft geht durch Heirathsverweigerung keineswegs verloren. — **W. B. 100.** 1. u. 2.: Nein. 3. An den Minister des Innern. — **Ali. 4.** 1. Ja. 2. Nur ein vom Vormund geschlossener und vom Vormundschaftsgericht bestätigter Vergleich über Alimente für uneheliche Kinder ist giltig. — **D. 19.** Der Wirth ist im Recht: Sie müssen zahlen. — **W. S. 48.** Leider nein: der Arbeitgeber ist berechtigt, solche Anordnungen zu treffen, dem Arbeiter steht nur das Kündigungsrecht zu. —

Witterungsübersicht vom 18. April 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. = °R	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. = °R
Swinemde.	755	OSO	3	Regen	6	Haparanda	775	S	2	wolkenl	−8
Hamburg	755	NNW	2	bedeckt	5	Petersburg	775	SSO	1	bedeckt	−0
Berlin	753	O	1	Regen	9	Cork	752	NNW	4	Regen	8
Wiesbaden	753	N	3	wolkig	9	Aberdeen	756	SO	6	bedeckt	6
München	750	W	1	wolkig	8	Paris	756	NNO	2	hlb. bed.	7
Wien	755	SSO	2	bedeckt	10						

Wetter-Prognose für Dienstag, 19. April 1898.

Vorwiegend trübe mit Regenfällen, mäßigen nördlichen Winden und wenig veränderter Temperatur

Berliner Wetterbureau.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Beuthstr. 2.

Als Agitationsschrift zur Maifeier ist soeben erschienen:

Die praktischen Erfolge der Achtstunden-Agitation.

Preis **20** Pfg. Von **H. Thurow.** Porto **3** Pfg.

Bei Partienbezug **großer** Rabatt.

Die Schrift führt in gedrängter Kürze alle auf dem Wege der **Staats- oder Gemeinde-Gesetzgebung** in Bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit gefaßten Beschlüsse in den einzelnen Ländern auf, sowie die durch **gewerkschaftlichen** oder **politischen** Kampf, bezw. durch deren Zusammenwirken erzielten Erfolge. Sie eignet sich ganz besonders für die **Gewerkschaften** zur Verbreitung unter den **indifferenten** Arbeitern, die allen Organisationsbestrebungen mit dem Einwande begegnen: „es nützt ja doch nichts." Daß und wieviel die unablässige Agitation für die Verkürzung der Arbeitszeit genützt hat, dafür bringt die Schrift eine reiche Fülle von unwiderleglichen Thatsachen.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 19. April, abends 8½ Uhr,
in Habel's Brauerei-Ausschank, Bergmannstraße Nr. 5–7.

Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes resp. des Kassirers. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Sonstige Vereinsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimirt.

238/9* **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Osten).

Dienstag, den 19. April 1898, abends 8 Uhr,

General-Versammlung

bei Steckert, Andreasstr. 21.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **J. Auer.** 2. Geschäfts- und Kassenbericht. 3. Wahl des Vorstandes. 4. Wahl der Revisoren. 5. Verschiedenes.

Die Mitglieder, welche **Urania-Billets** haben, müssen dieselben **bis spätestens Dienstag** in der Versammlung **abrechnen.**

242/11* **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Südost).

Dienstag, den 19. April, abends präzise 8½ Uhr,
im Lokal des Herrn Brüder, Waldemarstraße Nr. 75:

Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn **Waldeck Manasse** über **„Kirchen und Kasernen".** 2. Diskussion. 3. Geschäftsbericht des Vorstandes und Kassirers. 4. Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren. 5. Vereinsangelegenheiten (Statistisches aus dem Wahlverein).

NB. Die Mitglieder werden aufgefordert, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimirt. 242/10* **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 19. April, abends 8½ Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstrasse 23:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Kassirers und der Revisoren. 3. Anträge. 4. Wahl des gesammten Vorstandes und der Revisoren. 5. Verschiedenes. 246/18*

Zahlreiches Erscheinen erwartet **Der Vorstand.**

Nur Mitgliedsbuch legitimirt.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Mittwoch, 20. April, abends 8½ Uhr, bei Cohn, Beuthstr. 20/21:

Vertrauensmänner-Versammlung für sämmtliche Bezirke und Branchen.

Tagesordnung:

1. Die auswärtigen Streiks in unserem Berufe. 2. Bericht über den Stand der Bautischlerbewegung. Werkstattstreiks und Differenzen.

Die Kollegen werden ersucht, aus jeder Werkstatt einen Delegirten zu entsenden. 79/15

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Rixdorf. Achtung!

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 20. April 1898, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Klemke, Bergstr. 137:

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal. 2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 79/16

Mitgliedsbuch legitimirt.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Achtung! Maurer. Achtung!

Dienstag, den 19. April, abends 8 Uhr, in dem Lokal von M. Cohn, Beuthstraße 20:

Große öffentliche Versammlung der Maurer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zu unseren diesjährigen Forderungen. 2. Bericht der Delegirten zur Gewerkschafts-Kommission und Neuwahl derselben. 3. Die Maifeier. 4. Gewerkschaftliches.

NB. Der sehr wichtigen Tages-Ordnung zufolge halten wir es dringend für nothwendig, daß diesmal alle Kollegen erscheinen. Mit kollegialem Gruß

132/5* **Die Lohnkommission.**

Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-Galanteriewaaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.

Mittwoch, 20. April, abends 8½ Uhr,
in Feuerstein's Festsälen, Alte Jakobstrasse No. 75:

Ordentliche General-Versammlung.

24/3 Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Das **vollzählige** und **pünktliche** Erscheinen aller Mitglieder ist **dringend nothwendig.**

Mitgliedsbuch legitimirt. **Der Bevollmächtigte.**

Achtung! Mitglieder der Orts-Krankenkasse der Buchbinder. Freitag, den 22. April, abends 8½ Uhr, findet im Restaurant **Annenstraße 16** eine **Vorbesprechung der neugewählten Delegirten** statt. Das Erscheinen aller Delegirten ist dringend geboten.

Die Kommission.

Verein der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Filiale Berlin I.

Donnerstag, den 21. April 1898, abends 8½ Uhr, im „Englischen Garten", Alexanderstraße 27 c:

General-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Anträge zur Generalversammlung. 2. Kassenbericht. 3. Jahresbericht und Neuwahl der Verwaltung. 4. Verschiedenes.

Mitglieder, die noch Stimmzettel zur Delegirtenwahlen haben, werden ersucht, dieselben spätestens in dieser Versammlung abzuliefern.

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Mitgliedsbuch legitimirt.

96/12 **Die Verwaltung.**

Bekanntmachung.

Mittwoch, den 27. April, abends 8½ Uhr, in der **Berliner Ressource,** Kommandantenstr. 57:

Ordentliche General-Versammlung der Orts-Krankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker.

Tages-Ordnung:

1. Wahl eines Vorstandsmitgliedes seitens der Arbeitgeber. 2. Abnahme der Jahresrechnung 1897. 3. Erhöhung von Beamtengehältern.

89/3 **Der Vorstand.**

Deutscher Textilarbeiter-Verband.

Filiale IV Berlin.

Große Versammlung

der

Färber, Appreteure, Arbeiter u. Arbeiterinnen

am Sonntag, den 24. d. M., nachm. 2 Uhr,
im Lokale des Herrn Graumann, Raunynstraße Nr. 27.

Tages-Ordnung: 197/10

1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag des Kollegen **Kotzke** über: „Warum ist die Organisation eine Waffe des arbeitenden Volkes?" 3. Diskussion. 4. Bericht von der Generalversammlung in Gera. Bericht des Kassirers vom letzten Quartal. 5. Wahl eines Delegirten zum Ausschuß. 6. Werkstattangelegenheiten, speziell die zweifache Handhabung der Arbeits-Ordnung in der Berliner Velvet-Fabrik **M. Mongers & Söhne.**

Gäste freundlichst willkommen.

197/10 **Der Vorstand.**

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: Porträts sozialistischer Führer, Lassalle, Marx 2c. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Büsten Bildern u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preiskurant.)

Feuerstein's Festsäle

Alte Jakobstrasse 75.

Inh. Martin Herzberg.

Grosse und kleine Säle zu Versammlungen unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten b. koulanten Bedingungen.

Gesangverein

(M. d. A.-S.-B.) sucht gleichen Verein, um sich zu verschmelzen. Offert. an **Zimmermann,** Marstallstr. 8.

Möbel auf Theilzahlung. Neue Jacobstr. 26. **J. Kellermann,**

Für 36 Mark

fertige feine Anzüge nach Maaß, für 30 M. ff. Sommerpaletots nach Maaß, für 8–12 M. feine Hosen nach Maaß.

Riesenstoff lager . Krausenstr. 14, I, kein Laden.

Zu Sommerfestlichkeiten.

Großer Saal und Garten mit Theaterbühne, 2000 Personen fassend, Vereinszim., 2 Kegelbahnen, empfiehlt

Julius Wernau,

48049 Schwedterstr. 23/24.

Luhm's Restaurant,
Poststraße 13. 4685L*

Schriftl. Arbeiten jeder Art, Klagen, Eingaben, Briefe, Reklamationen, Dichtungen in Poesie u. Prosa stilvoll zweckentsprechend, ev. sofort angefertigt.

5¼ Pfd. Brot 50 Pfg.

liefert 30538* **Albrecht's Bäckerei,**
Wrangelstr. 8. Langestr. 26.
Falckensteinstr. 28. Lausitzerstr. 2.

Patente

BESORGT DURCH ERICH PETERS, CIV. INGENIEUR BERLIN SW 13, MITTERWALDERSTR. 24

Kranzbinderei u. Blumenhandlung von 40769*

Robert Meyer,

No. 2. Mariannenstr. No. 2.

Widmungs-Kränze, Guirlanden, Ballsträußchen, Bouquets 2c. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.

Blumenhandlung P. Abromeit, Berlin SW., Blücherstr. 14.

Kränze, Bouquets, Topfgewächse, Guirlanden etc.

Billigste (Marktthallen-) Preise bei geschmackvoller Ausführung.

Ich warne jeden, meiner Frau etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme.

Karl Mehlis, Liegnitzerstraße.

Mein **Zahn-Atelier** habe ich von der Blumenstr. 59 nach dem Hause **Nr. 64** verlegt.

H. W. Jaentsch

Sprechst. 9–6 Uhr. [19/7*

Für Krankenkassen-Mitglieder mit freier Arztwahl.

Mein **Atelier für Zahnersatz, Plombirungen 2c.** habe ich von der Gr. Hamburgerstr. nach **Neue Königstraße 43** verlegt. Theilzahlung.

47969*] **Georg Israel,** Zahnkünstler.

Künstliche Zähne.

F. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr.

*] Theilzahlung pr. Woche 1 M.

Arbeitsanzüge **W. Pahr** Brunnenstr. 112.

Milchkübel,

Kannen, Satten, Buttermaschinen

445L* **Jordan,** Kl. Markusstr. 28.

Lohnende Fabrikationen.

Verlangen Sie **Gratis**zusendung des illustr. Kataloges durch den Verlag „Der Erwerb", Dresden-N. 7. 14/5*

Wer will viel Geld verdienen, verkaufe bei hoher Provision **Tapeten**

Must. grat. u. franko **H. Rulfs, Einbeck** in Hann.

Gute Betten verkauft Stallschreiberstr. 57 (Keller). 29688

Betten Steppdecken, Gardinen, Wäsche, Portièren, Chaiselongues, Tischdecken.

Sommerpaletots, Anzüge, Hosen, Remontoiruhr., Regulatoren, Reisekoffer, Operngläser, spottbillig Pfandleihe Neanderstr. 6.

Zentralverband der Töpfer und Ziegler Deutschlands.

Die Beerdigung unseres unter unendlich traurigen Verhältnissen plötzlich verschiedenen Kollegen

Ferdinand Kaulich

findet heute, **Dienstag, nachmittags 5 Uhr,** in **Pankow** von der Leichenhalle am Kommunikationsweg aus statt.

Die Kollegen werden ersucht, dem Verstorbenen ein ehrenvolles Geleit zu geben.

Der Zentralvorstand.

Arbeiter-Bildungsverein Pankow und Schönhausen.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse

Ferdinand Kaulich

aus dem Leben geschieden ist. Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 19. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle, Pankow, Kommunikationsweg aus statt.

Um rege Betheiligung ersucht

29555 **Der Vorstand.**

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern des sozialdemokratischen Wahlvereins (4. Wahlkreis, Süd-Ost) zur Nachricht, daß der Genosse 242/12

Robert Muth

am Sonntag früh verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch Nachmittag 5 Uhr von der Leichenhalle des St. Thomas-Kirchhofes aus statt.

Um zahlreiche Betheiligung ersucht

Der Vorstand.

Arbeitsmarkt.

Farbigmacher 29215*
verlangt Kottbuser Ufer 32.

Ein junger tüchtiger

Passepartout-Arbeiter

auf feinere Passepartout gesucht. Off. mit Gehaltsansprüchen an

H. Meffert,

Passepartout-Fabrik **Frankfurt a. M.**

Lehrmädchen

ordentliche, vierzehn- bis sechzehnjährig, gegen sofortigen Gehalt verl. **Ehrlich,** Putzfederfabrik, Seydelstr. 27 (Spindlershof, Aufg. 5).

Tüchtige **Barockvergolder** u. **Barockvergolderinnen** sucht Werkmeister, Brunnenstr. 194. [29635

Marmorschleifer

auf echt Onix verl. **Gustav Beutler,** Kl. Markusstr. 4a. 29605

Junges anständiges **Mädchen,** welches zu Hause schläft, wird f. d. Wirthschaft verlangt bei Schmidt, Michaelkirchstr. 34, 3 Tr. 29606

Farbigmacher a. Goldleisten werden verlangt Muskauerstr. 29.

Tüchtiger Packer,

mit guten Zeugnissen versehen, wird verl. Berl. Metallwaarenfabrik, Gesellschaft m. beschränkt. Haftung Ritterstr. 92.

Näherin u. Lehrmädchen auf Wäsche verlangt **Heinze,**
29509 Höchstestr. 21.

Facetten-Schleifer verlangt Reichenbergerstr. 57. 29515

Goldleisten!

Tüchtige Grundirer finden d. hohem Verdienst dauernde Beschäftigung.

29562b Köpenickerstr. 109a.

Portierstelle f. Frau **Baudis** zum 1. Mai. Neue Königstr. 23, 2. H. im Keller rechts. 29535

Beschäftigung auf Wochenlohn sucht **Auguste Krüger** Neue Königstraße 23, 2. Hof, im Keller r. [29545

Fantasiefedern.

Geübte Arbeiterinnen ges. **Michiels,** Alte Jakobstr. 5. 29565

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 19. April.

Opernhaus. Lobetanz. Die Rose von Schiras. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Wilhelm Tell. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Der Biberpelz. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Im weißen Röß'l. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Die Mottenburger. Anfang 7½ Uhr.
Goethe. Ein Sommernachtstraum. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Ein Nachtlager Corvins. Anfang 8 Uhr.
Unter den Linden. Der Opernball. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Die Freuden der Häuslichkeit. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Der Fall Corignan! Anfang 8 Uhr.
Thalia. Die Haberer. Anfang 7½ Uhr.
Central. Das alte lustige Hamburg. Anfang 7½ Uhr.
Ostend. Unter der Polarsonne. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Kaiser und Galiläer. Anfang 8 Uhr.
Luisen. Arme Mieze! Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die kleinen Vagabunden. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Hannemanns Abenteuer. Der gefesselte Storch. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48–49. Naturkundl. Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.
Invalidenstraße 57/62. Täglich (außer Sonntags und Mittwochs) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.
Passage-Panoptikum. Theater Variété.
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7¾ Uhr.
Apollo. Spezialitäten. Anf. 7½ Uhr.
Feen-Palast. Ethnographische Ausstellung.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Abends 8 Uhr:
Ein Nachtlager Corvins
Mittwoch:
Doppelselbstmord.
Donnerstag:
Brand.

Ostend-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. C. Weiß.
Zum 70. Male:
Unter der Polarsonne.
Anfang 8 Uhr.
Im Tunnel vor u. nach der Vorst. **Gr. Frei-Konzert.** Anfang 7 Uhr.
Morgen und folgende Tage: **Dieselbe Vorstellung.** Sonntag Nachmittag halbe Preise: **Die Räuber.**

Luisen-Theater

34. Reichenbergerstraße 34.
Abends 8 Uhr:
Arme Mieze!
Posse mit Gesang in 7 Bildern nach O. F. Berg, frei bearbeitet von Max Schönau. Musik von Fritz Krause.
Marie: Anna Müller-Lincke.
Morgen: **Dieselbe Vorstellung.**
Direkte Verbindung mit dem Theater. Elektrische Bahn: Dönhoffplatz—Reichenbergerstraße in 10 Minuten.

Central-Theater

Alte Jakobstr. 30.
Nur bis 1. Mai!
Gastspiel des plattdeutsch. Gesammt-Ensembles des Ernst Drucker-Theaters aus Hamburg.
Das alte lustige Hamburg.
Große Volksposse mit Ges. und Tanz in 5 Bildern von G. Okonkowski. Musik von H. Groth. In Szene gesetzt von W. Biel.
In Hamburg über 100 Mal in Szene gegangen.
Kassenöffnung 6 Uhr. Anfang 7½ Uhr.

Budapester

Kaufmann's Variété.
Direktion: Gebrüder Herrnfeld.
Heute, Dienstag, präc. 8 Uhr:
Die Welt geht unter.
Von
Dreien der Glücklichste.
Ausserdem:
Neue Spezialitäten.
Morgen, Mittwoch, zum 1. Male:
Das neueste Gebr. Herrnfeld'sche Orig.-Lustspiel
„Die vierte Frau"
mit **Martin Bendix** und **Donat Herrnfeld** in den Hauptrollen.
Vorher:
Von Dreien der Glücklichste.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab. Eintritt 50 Pf. — Abends 8 Uhr: — Wissenschaftliches Theater. —
Invalidenstr. No. 57–62.
Täglich abends 7 Uhr:
— Ausstellungs-Saal und Vorträge. —
Näheres die Tagesanschläge.

Passage-Panoptieum.

36 schwarze Mädchen
aus unseren afrikanischen Kolonien.
Vorstellungen 11, 12, 5, 6, 7, 8 und 9 Uhr.

Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 165.
Neu!! Indisch-hindustanische Gaukler — und — Schlangen-Beschwörer.
Das **BÄRENWEIB.**

Volks-Theater

im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Straße 97.
Gift.
Lustspiel in 1 Akt von Jonas.
Neu! Dann: Neu!
Bäckerliebe.
Posse mit Gesang in einem Aufzug.
Zum Schluß:
Auf allgemeines Verlangen:
Eine alltägliche Geschichte.
Bild aus dem Berliner Leben.
Im vorderen Saale:
Tyroler Sänger Alois Ebner.

Neues
Olympia-Riesen-Theater

(Circus Renz) Karlstrasse
Preis-Ringkampf
Theodor Heidke
und
Franz Konrad
in
Bolossy Kiralfy's
Constantinopel.
Sport-Wettrennen.
Morgen 1. Auftreten von **Innocenti Arnaldo** der berühmte Dauerläufer Rom—Berlin.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 2 Vorstellungen.
Nachm. 1 Kind frei.

Reichshallen-Theater.

Leipzigerstrasse No. 77.
24 neue grossartige Spezialitäten!
The Menados-Hallway-Paul Revé — Briarly — Vasilescu etc. etc. etc.
Anfang 7 Uhr.
Avis! Die nächste Vorstellung findet Sonntag, d. 24. d. M. statt.
Im Reichshallen-Tunnel:
Sonntag: Doppel-Konzert und Soirée.
Montag und folgende Tage: Vollständig neues Programm u. a. König Heinrich (Possen-Burleske) etc.

Feen-Palast

(Bahnhof „Börse")
Aschanti-Dorf
und
Javaner-Dorf
137 Eingeborene.
Heute letzter Tag.
Schluss der Schaustellung 10 Uhr abends.

Feen-Palast

Burgstraße 22.
Direktion: **Winkler u. Fröbel.**
Unsere bekannten
Riesen-Räume
stehen größeren
Vereinen und Gesellschaften
jeden Tag, auch Abends, zur Abhaltung von
Festlichkeiten
und
Versammlungen
wieder zur Verfügung.

Maehr's Theater

Oranien-Strasse 24.
Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Novitäten-Programm.
Neu! **Marietta Berndt,** Neu!
Kostümsoubrette.
Im Schlafe. Schwank. **Neu!** **Ultimo.** Posse.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonn- u. Festtags 6 Uhr.
Avis! Am 16. Mai: Eröffnung der Sommer-Saison. Gastspiel des bekannten Theater-Direktors Hrn. **Eugen Bruhn** mit seinem renommirten vorzügl. Ensemble. Diese Vorstellungen finden täglich im schönen, schattigen Garten und bei ungünstiger Witterung im Saale statt.

Ausstellung am Kurfürstendamm.

G. m. b. H.
Carl Hagenbeck's
sensationelle Special-Ausstellung
INDIEN
mit 200 Eingeborenen Vorder-Indiens u. d. Insel Ceylon wird
eröffnet 23. April
Saisonkarten à 6 M. Kinder 2 M.

Alcazar-Theater.

Dresdenerstraße 52/53 (City-Passage), Annenstr. 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Heute:
Grosse Gala-Vorstellung.
Ein echt Berliner Kind.
Große Posse mit Gesang in 1 Akt.
Familie Barsikow,
unübertreffliche Parterre-Akrobaten.
Miß Frieda, die reizende Luftfee.
Mr. Arlon, berühmter Kunstpfeifer.
Grete Greßin u. Gustav Fischer, Original-Duettisten. Neues Repertoir.
Auftr. des gesammten Kunstpersonals in seinen Glanznummern.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Entree 30 Pf.
Die für den Feen-Palast ausgegebenen Ehren- u. Vorzugskarten haben Giltigk.

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Eugenie Fougère
Sign. Salerno, Bonhair Troupe
Robert Steidl
und **20**
hervorragende Spezialitäten.
Kassenöffnung 6½, Anf. 7½ Uhr.
In Vorbereitung:
Don Juan in der Hölle.
Phantastische Ausstattungs-Burleske in 2 Bildern.

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Gr. Extra-Theatervorstellung
Die schöne Kloster-Bäuerin.
Volksstück
mit Gesang in 3 Akten von Prüller.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
In Zossen.

Billet-Vorverkauf von 12 bis 2 Uhr.

Man trinke:
Original-Löwenbitter
Das beste für den Magen.
In Flaschen à **Mk. 0.60, 1.10 u. 1.80.**
Wie im Ausschank überall zu haben.
Wo nicht vorhanden, bitte zu verlangen.
R. F. Mittelstädt
Weinhandlung und Likör-Fabrik
N., Brunnenstr. 152.

Wheeler-Wilson-Maschine, neu, umständehalber billig zu verk. **Lorenz,** Skalitzerstr. 54 b. 2965b

Direct von Aachen!

weltberühmt durch fast auf allen **Ausstellungen prämiirte Tuche** liefern wir zu **hervorragend niedrigen Preisen** **Herren-Anzug- u. Paletotstoffe** von **einfachst.** bis **feinsten** in **reeller** Waare. **Vorzügl. erstklassige** Musterauswahl senden Jedem **franco ohne Kaufzwang. Weit über 1000 ehrende Anerkennungsschreiben** beweisen unsere **tadellose** Lieferung. Die Zahl der uns allein **im Jahre 1897** durch uns. **geschmackvollen,** gediegenen Tuche und **billigen Preise** erworbenen **neuen Kunden** beträgt **11860** **Diese Zahl kann nicht angezweifelt werden, da sie sich durch unsere Bücher ergiebt!!**
Monopol-Cheviot uns. seit 1893 bekannte und beliebte **Spezialität** wird in schwarz, blau, braun geliefert und kosten **3** Mtr. zum gediegenen Anzuge **12 Mark.**
Zahlreiche Empfehlungen. Garantie für **reine Wolle, echte Farbe!**
Wilkes & Cie., Tuchindustrie, Aachen Nr. 78. Man bittet **genau** zu adressiren.

Werkstatts-Bekleidung für jedes Gewerk kauft man gut und billig bei [4643L*
Adolf Wecker, Molkenmarkt 3, Blusenfabrik für alle Gewerke.

Sonnabend: Rester-Verkauf!
Anzug-, Paletot-, Hosen-Stoffe.
Brenner & Cie.,
Alte Jakobstrasse No. 57—59.

67. Dresdenerstrasse 67.

Bis auf Weiteres:
Zwiebelleberwurst in ganzen Würsten ca. ½—1 Pfd., à Pfd. **40 Pf.**
Thüringer Blutwurst (nach Original-Rezept fabrizirt) p. 40 Pf. p. Pfd. an.
Feine Sülzwurst . . . . à Pfd. **55 Pf.**
sowie alle Sorten Salami-, Mett- u. Cervelatwurst
zu den billigsten Preisen.
Hochachtungsvoll **Rich. Faulmann & Co.**
Bei Vorzeigung der gesammelten Kassen-Bons gebe auf 50 Mk. 1 Mk. Rabatt. 4827L*

Grosser Möbelverkauf.

Die Möbel-Fabrik **Neue Schönhauserstr. 2** (früher Rosenthalerstr. 13)
liefert bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen schon von 150 M. an. Auch gebe ich Einrichtungen auf Theilzahlung. Lager gebrauchter und verliehen gewesener Möbel. Eigene Tapezier- u. Dekorations-Werkstatt. Transport durch eigene Gespanne, auch nach außerhalb. [4439L*

Lungenkrankheiten

(chronische Katarrhe u. Lungenschwindsucht)
heilbar
durch das vorzüglich wirkende und gänzlich unschädliche
„Glandulēn"

Glandulēn ist das wirksamste Mittel bei jeder Form der Lungenerkrankung. Seine glänzenden Erfolge auch in alten, vorgeschrittenen Krankheitsfällen werden bestätigt von Hunderten von geheilten Kranken u. Aerzten.
Glandulēn ist das rationellste bisher bekannte Mittel, denn es ist der Stoff, womit die Natur im Körper selbst die Lungenerkrankungen heilt, der Organismus erkrankt nur, wenn die Menge desselben ungenügend ist. Durch seine Zuführung wird das natürliche Heilbestreben unterstützt.
Glandulēn ist kein künstliches chemisches Mittel, welche fast stets unerwünschte unangenehme Nebenwirkungen haben, es ist völlig unschädlich, auch bei lange fortgesetztem Gebrauch.
Glandulēn wird hergestellt in der Chem. Fabrik von Dr. Hofmann Nachf., Meerane i. S., aus Bronchial- (Lungen-) Drüsen gesunder Thiere in Tabletten (angenehme Form des Einnehmens). Jede Tablette von 0,25 Gr. entspricht 0,25 Drüsensubstanz, hergestellt mit Milchzucker als Geschmack-zusatz.
Glandulēn ist gesetzlich geschützt und patentirt D. R.-P. 95 193, man hüte sich vor Nachahmungen. Nur die Tabletten enthalten in unveränderter Form die gesammten Heilstoffe der Drüsen, alle Auszüge derselben in flüssiger Form enthalten nur einzelne der wirksamen Bestandtheile. Erhältlich in Apotheken à Mk. 4,50 für 100 und Mk. 2,50 für 50 Tabl. oder direct vom Fabrikanten, welcher auch Berichte von Aerzten und geheilten Kranken auf Wunsch versendet. (1 ex.

A. Schulz,

Möbel- und Polsterwaaren-Fabrik
gegründet 1878
Reichenberger Strasse 5,
zwischen Kottbuser Thor und Ritterstrasse.
Sehr grosses Lager 4193Q*
Bürgerlicher Wohnungs-Einrichtungen
in Nussbaum u. Mahagoni v. 240, 300, 400, 500, 600, 800—10 000 M. in nur anerkannt gediegener Ausführung. T. A. IV. No. 2395.

Achtung!

Kauft nur das Beste, deutsche Frauen
Und lasst nicht übers Ohr euch hauen,
Kauft **„Karol Weil's Extract"** der echt:
Wenn er die Marke Waschfass trägt!
Das Vorzüglichste zur Toilette ist **Karol Weil's „Karola",** Lieblingsseife der Damen.

Betten Dampf-Reinigung nach bestem System, ärztlich empfohlen.
Abholen u. Wiederbringen der Betten geschieht auf Verlangen kostenfrei.
Retzlaff, Bettfedern-Spezialgesch., **Berlin,** Brückenstr. 6 (Jannowitzbrücke).

Cohn's Hosenfabrik,
Pallisadenstr. 3,
verkauft: **Arbeitshosen** von 1 M. an, **Schulanzüge** von 2 M. an, **Herren-Anzüge** nach Maaß sehr billig. 4837L*

Für 2—3 Mark

Reste sehr groß, zu Knabenanzügen, Reste zu Herrenanzügen, schöne Muster 7—10 M. Für 12 M. ff. Cheviot, auch Kammgarnreste, Paletot- und Hosenreste so lange der Vorrath reicht
im Riesenstofflager
Krausenstr. 14, I., kein Laden.

Möbel

verliehen gewesene und neue, staunend billig. **Theilzahlung** gestattet. Beamten ohne Anzahlung. 4055Q*
Neue Königstr. 59 u. Gneisenaustr. 15.

Fahrräder

Stets großes Lager erstklass. Fabrikate auf 4459Q*
Theilzahlung
ohne Preiserhöhung zu den kulantesten Zahlungsbedingungen.
Reparatur-Anstalt.
Adomeit & Landau,
Lothringerstraße 48 I,
dicht am Rosenthaler Thor.

Grüner Weg 80
Großer Ausverkauf
in
Gardinen
und 4740L*
Resten
älterer Muster in weiß und crême, zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig in dem
Gardinenfabrik-Lager von
Bruno Güther,
aus Plauen in Sachsen,
Berlin O., Grüner Weg 80 part. Eingang vom Flur (kein Laden).
Neuheiten treffen täglich ein. Proben nach außerhalb portofrei.
Grüner Weg 80
Grüner Weg 80
Grüner Weg 80

Möbel-Verkauf.

Oranienstr. 73. Hof I, in meinem vier Etagen hohen Speichergebäude halte ich in überraschend großer Auswahl ganze Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Stücke in ganz einfacher sowie eleganter Ausführung. Vortheilhafte Einkaufsquelle für Brautleute. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Täglich Eingang verliehener gewesener und gebrauchter Möbel aller Arten zu billigen Preisen. Transport frei Haus. Verlangen Sie bitte mein Musterbuch mit Abbildungen gratis und franko.

Sophastoffe

auch **Reste**
in Rips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig! 4025Q*
Proben franko!
Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. Nr. 158.

Sommersprossen sicher und gründl. in kurz. Zeit zu entfern. M. 2,50.
Gesichtspickel, Finnen, Mitesser,
Hautröthe, schnell und radikal zu beseitigen M. 2,—. Franko gegen Briefm. oder Nachn. **Garantie für Erfolg und Unschädlichkeit.** Viele glänzende Dankschreiben. Nur direkt d. [4744L*
Reichel, Spezial., Berlin, Eisenbahnstr. 4.

Durch Ersparniß
der Ladenmiethe billiger als im Laden:
Gardinen, Portièren, Tischdecken, Teppiche.
Oranienstr. 166, 1 Treppe.
Kein Laden! 4710Q*

Möbel-Magazin Otto & Slotawa, Tischlermeister. **Sarg-Magazin**
Berlin NW., Bremerstrasse 67. **2. Geschäft: Thurmstrasse 81.** 4397Q* und Beerdigungs-Comtoir.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.